



Rat der Gemeinden und Regionen Europas ■ Deutsche Sektion

kommunal

Digitalisierung und KI



Kommunale Klimanetzwerke

Herausforderung Klimakrise
gemeinsam begegnen

Kommunale Entwicklungspolitik

16. Bundeskonferenz
in Ingelheim

KEZ-Ausschuss des RGRE

Im Fokus: SDG 11

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) revolutionieren unser Leben. Das gilt auch für das Leben in Städten, Landkreisen und Gemeinden und für deren Verwaltungen.

Foto: Bernhard Link - Farblonwerk



Bürgerinnen und Bürger erledigen immer mehr Anliegen am Handy statt im Rat- oder Kreishaus. Online-Plattformen ermöglichen eine schnelle und einfache Bürgerbeteiligung. KI übernimmt immer mehr Aufgaben und smarte Tools helfen den Kommunen, etwa Verkehrsflüsse besser zu steuern.

Die Chancen, die sich durch Digitalisierung und KI eröffnen, sind enorm, aber deutsche Kommunen nutzen die vorhandenen Technologien bislang erst in relativ kleinem Umfang, wie Roberto Viola, Generaldirektor der Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (DG CONNECT) der Europäischen Kommission, in seinem Beitrag zur „Digital Decade 2030“ feststellt. Ich freue mich daher, dass der Generaldirektor der Investitions- und Entwicklungsagentur Lettlands, Raivis Bermsmits, vorstellt, welchen Weg Lettland zu einer modernen kommunalen Verwaltung eingeschlagen hat.

Doch auch die insbesondere mit KI verbundenen Risiken sind hoch, etwa beim Datenschutz. Das vor Kurzem verabschiedete KI-Gesetz der Europäischen Union enthält daher strenge Regularien und klare Leitlinien, um einen verantwortungsvollen Einsatz von KI zu gewährleisten. Die EU hat mit diesem Gesetz weltweit eine Vorreiterrolle eingenommen, was wir sehr begrüßen!

Ich wünsche Ihnen viele interessante Einblicke bei der Lektüre,

Ihr Uwe Zimmermann
Generalsekretär



Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Deutsche Sektion

Inhalt

48. Jahrgang · Heft 5 · September/Oktober 2024

DIGITALISIERUNG UND KI	3
■ Ein digital souveränes Europa beginnt in den Kommunen Die Digitale Dekade der EU und ihre Umsetzung <i>Von Roberto Viola</i>	3
■ Die Bedeutung Künstlicher Intelligenz für Kommunen Das europäische KI-Gesetz <i>Von Axel Voss</i>	7
■ Was brauchen kommunale Unternehmen von Brüssel? Digitale Daseinsvorsorge vor Ort <i>Von Anna Sophie Kirchmayr und Dr. Heiko Schäffer</i>	10
■ Innovative Digitalisierung in Lettland Der Weg zu einer modernen öffentlichen Verwaltung <i>Von Raivis Bermsmits</i>	13
■ Die Stadt von morgen virtuell gestalten Stadtentwicklung mit Urbanen Digitalen Zwillingen <i>Von Marina Brink</i>	17
FORUM EUROPA	21
■ Das Weimarer Dreieck – heute wichtiger denn je Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen <i>Von Anais Dufros</i>	21
■ Mit Netzwerken die Klimakrise lokal deeskalieren Klimarettung durch interkommunale Zusammenarbeit in der EU <i>Von Vincent Sipeer</i>	24
■ Bremen ist beste Bio-Stadt Europas EU Organic Awards 2024 der Europäischen Kommission <i>Von Karl-Heinz Kottenhahn</i>	26
■ Zwei deutsche Projekte unter den Preisträgern European Heritage Awards / Europa Nostra Awards 2024 <i>Von Karl-Heinz Kottenhahn</i>	28
FORUM PARTNERSCHAFT	30
■ Kommunale Entwicklungspolitik bleibt Daueraufgabe 16. Bundeskonferenz für Kommunale Entwicklungspolitik <i>Von Julia Krakau</i>	30
■ Entwicklungspolitische Champions 2024 stehen fest Zehnte Ausgabe des Wettbewerbs „Kommune bewegt Welt“ <i>Von Dr. Susanne Reiff</i>	33
■ Waldbrand-Früherkennung mit Drohnen und KI Deutsch-niederländisches Team kooperiert in der EUREGIO <i>Von Judith Reef</i>	35
R G R E	37
■ Nachhaltige Stadtentwicklung im Fokus Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit <i>Von Marcell Moll</i>	37
■ Verbindung von lokaler und europäischer Regierungsführung CEMR-Veranstaltung „Europaabgeordnete treffen lokale Führungskräfte“ <i>Von Yannik Bernardi</i>	39
■ Meilenstein für lokale und regionale Gebietskörperschaften Stellungnahme zum „Pact for the Future“ der Vereinten Nationen <i>Von Karl-Heinz Kottenhahn</i>	41
WETTBEWERBE	43
NAMEN UND NACHRICHTEN	44
TERMINE	46
IMPRESSUM	47

Die Digitale Dekade der EU und ihre Umsetzung:

Ein digital souveränes Europa beginnt in den Kommunen

Die Europäische Union steht hinsichtlich ihrer digitalen Transformation vor einem entscheidenden Moment. Digitale Technologien schaffen außer neuen Freiheiten und Rechten auch neue Möglichkeiten, um zu lernen, zu kommunizieren, zu arbeiten, Neues zu erforschen und neue Ziele zu verwirklichen. Die Herausforderung ist jedoch, eine digitale Welt zu gestalten, die auf europäischen Werten basiert – in der niemand zurückgelassen wird und alle Freiheit, Schutz und Fairness genießen. Die Digitale Dekade der EU weist hierfür als Kompass den Weg.

Ein Beitrag von
Roberto Viola



Foto: Pete Linforth / Pixabay

Bei der weltweiten Digitalisierung will die EU ihre technologische Souveränität schützen

Digitalisierung ist heute nicht mehr nur eine Option. Alle, die digitale Werkzeuge nicht nutzen – ob Studierende, Selbstständige oder ältere Menschen –, laufen Gefahr, den Anschluss zu verlieren und von den Vorteilen technischer Lösungen nicht profitieren zu können. Um global wettbewerbsfähig zu bleiben, muss die EU sicherstellen, dass ihre Bevölkerung über digitale Kompetenzen verfügt, und muss Unternehmen auf allen Ebenen bei der Nutzung digitaler Technologien unterstützen. Zudem muss sie die breite Verfügbarkeit digitaler öffentlicher Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen fördern. Für die EU gilt es, die Grundlagen für eine leistungsfähige, sichere und effiziente Konnektivitätsinfrastruktur zu schaffen und

ihre eigene technologische Souveränität sicherzustellen, etwa im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Halbleitern.

Diese ehrgeizigen Ziele sind Teil des politischen Programms für die [Digitale Dekade](#), der ersten verbindlichen europäischen Digitalstrategie, mit der bis 2030 große Fortschritte bei der Digitalisierung erzielt werden sollen. Sie legt für die EU gemeinsame Ziele in den Bereichen digitale Kompetenzen, Infrastrukturen, Unternehmen und öffentliche Dienstleistungen fest, die es uns ermöglichen sollen, gemeinsam auf ein digital souveränes Europa hinzuarbeiten, in welchem digitale Infrastrukturen und Technologien in den Dienst einer nachhaltigen, inklusiven und prosperierenden Gesellschaft gestellt werden.

Zum Autor:

Roberto Viola ist Generaldirektor der Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (DG CONNECT) der Europäischen Kommission.

Wo steht Deutschland bei der Umsetzung?

Jedes Jahr verfolgt die Europäische Kommission in ihren Berichten zum Stand der Digitalen Dekade die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele der Digitalen Dekade auf europäischer und nationaler Ebene. Der erste Bericht aus dem Jahr 2023 diente den Mitgliedstaaten als Grundlage für die Erstellung ihrer nationalen Fahrpläne. Auch Deutschland hat seinen [Fahrplan](#) vorgelegt, der erhebliche Anstrengungen zur Erreichung der Ziele bis 2030 erkennen lässt und 44,3 Milliarden Euro (etwa 1,1 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts) für die Gestaltung des digitalen Wandels vorsieht, insbesondere für die Unterstützung des Glasfaserausbaus, die Produktion von Halbleitern und die Finanzierung von „Einhörnern“. Dies sind Digital Start-ups, die auf eine Marktbewertung von mindestens einer Milliarde US-Dollar kommen. Allerdings deckt der Fahrplan nicht alle Ziele ab. Es fehlen etwa jährliche Planungsschritte, die zeigen, wie Deutschland Fortschritte erzielen will.

Der [zweite Bericht zur Digitalen Dekade 2024](#) zeigt, dass Deutschland im vergangenen Jahr bemerkenswerte Fortschritte beim Ausbau der Konnektivätsinfrastruktur, insbesondere beim 5G-Ausbau, gemacht hat. Dies ist besonders wichtig, da 5G eine Voraussetzung und ein wesentlicher Treiber für die Entwicklung und breite Verfügbarkeit von Diensten und Anwendungen ist, die der europäischen Wirtschaft und den Verbraucherinnen und Verbrauchern zugutekommen und die die Produktivität und wirtschaftliche Entwicklung fördern. Deutschland hat fast eine vollständige und zuverlässige 5G-Abdeckung der Haushalte erreicht.

Allerdings steht Deutschland bei der flächendeckenden Versorgung mit Glasfaser bis zum Haus oder Unternehmen (full fibre to the premises, FTTP) immer noch vor großen Herausforderungen. Es schneidet hier EU-weit am zweitschlechtesten ab; die FTTP-Abdeckung liegt derzeit bei 29,8 Prozent und damit weit unter dem EU-Durchschnitt von 64 Prozent. Auch der Anteil der Breitbandanschlüsse für Endkunden mit einer Geschwindigkeit von mehr als 1 Gbit/s liegt mit 5,5 Prozent der Festnetz-Breitbandanschlüsse deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 18,5 Prozent.

Zudem muss Deutschland das Tempo der Digitalisierung von öffentlichen Dienstleistungen beschleunigen, die ebenfalls unter dem EU-Durchschnitt liegt und bei

einigen Indikatoren sogar einen leichten Rückgang verzeichnet. Deutschland liegt bei der Nutzung von E-Government in den letzten 12 Monaten an drittletzter Stelle in der EU, wobei die geringe Nutzung eng mit der geringen Verfügbarkeit digitaler öffentlicher Dienstleistungen verknüpft ist – ein weiterer Grund, diese schnell bereitzustellen.

Allerdings gibt es gute Fortschritte bei der Verbesserung der digitalen Grundkenntnisse in der Bevölkerung. Der Anteil der Menschen, die über digitale Grundkompetenzen verfügen, ist von 48,9 Prozent im Jahr 2023 auf 52,2 Prozent im Jahr 2024 gestiegen. Bis 2030 soll ihr Anteil auf 80 Prozent steigen – angesichts der derzeitigen Fortschritte ein sehr ehrgeiziges Ziel, für dessen Realisierung der deutsche Fahrplan die Bereitstellung von 7,5 Milliarden Euro vorsieht. Damit soll unter anderem der DigitalPakt Schule (DPS) finanziert werden, mit dem die Bundesländer dabei unterstützt werden, Schulen mit einem Mindestmaß an digitaler Infrastruktur sowie Lehr- und Lerntechnologien auszustatten.



Foto: European Union, 2019 / Datt Bendro

Mit WiFi4EU können Kommunen an öffentlichen Orten kostenloses WLAN anbieten

Es gibt aber weiterhin viele Herausforderungen. Vor allem auf regionaler und kommunaler Ebene ist es schwieriger, mit dem Tempo der Digitalisierung Schritt zu halten. Kommunalverwaltungen spielen jedoch eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der EU-Initiativen, da ein großer Teil der EU-Rechtsvorschriften nur mit ihrer Hilfe umgesetzt werden kann, wie die folgenden Beispiele zeigen.

WiFi4EU

Die Initiative [WiFi4EU](#) stellt Kommunen in ganz Europa Finanzmittel zur Verfügung, damit sie kostenloses WLAN in öffentlichen Räumen wie in Parks, auf Plätzen sowie in Bibliotheken und Museen installieren können. WiFi4EU hat entscheidend dazu beigetragen, die digitale Inklusion zu fördern und die digitale Kluft zu verringern, indem in rund 7.200 Kommunen vor allem in ländlichen

Regionen und abgelegenen Orten kostenlose Internetverbindungen bereitgestellt wurden, mit denen der Zugang zu wichtigen digitalen Diensten wie E-Health, E-Learning und E-Government erleichtert wird und gleichzeitig europäische Werte hinsichtlich des Schutzes der Privatsphäre und des Datenschutzes gewahrt werden.

Hunderte von deutschen Kommunen haben von WiFi4EU-Gutscheinen profitiert. Das Ergebnis: mehr als 6.000 WiFi4EU-Zugangspunkte in ganz Deutschland, wobei WiFi4EU die nationalen Bemühungen Deutschlands zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur und zum Aufbau flächendeckender Gigabit-Netze ergänzt.

Smarte Kommunen

Kommunen setzen zunehmend auch auf 5G- und Internet-of-Things-Netze, um Smart-City-Technologien wie intelligentes Verkehrsmanagement, Umweltüberwachung in Echtzeit und vernetzte öffentliche Dienste zu ermöglichen. Im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF Digital) finanziert die Europäische Kommission [17 Projekte](#) zu 5G für smarte Kommunen mit 54 Millionen Euro aus EU-Mitteln.

Zu den in Deutschland geförderten Projekten gehört „5G for University Hospital“ (5G4UH). Mit einem EU-Beitrag von 3,3 Millionen Euro wird am Universitätsklinikum Frankfurt eine hochmoderne 5G-Infrastruktur eingerichtet. Das Projekt wird innovative 5G-Anwendungsfälle ermöglichen, zum Beispiel die Nutzung von Tele-Ultraschallgeräten und innovative Überwachungs- und Logistiklösungen.

Die Digitalisierung verspricht zwar eine Verbesserung lokaler Dienste und der Konnektivität, doch Herausforderungen wie die Verwaltung des Funkfrequenzspektrums bleiben für den Erfolg von zentraler Bedeutung. Funkfrequenzen sind das Lebenselixier von drahtlosen Technologien wie 5G und ohne eine wirksame Koordinierung, einschließlich objektiver Abdeckungskriterien, besteht die Gefahr, dass Kommunen – insbesondere in ländlichen Gebieten – den Anschluss verlieren. Damit solche Lücken geschlossen werden können, müssen die Frequenzen effizient genutzt werden, und es sollten Partnerschaften gefördert werden, die kleinere Kommunen bei der Einführung drahtloser Breitbanddienste unterstützen. Wenn diese Fragen angegangen werden, kann die Digitale Dekade der EU zu einer echten Chance für alle Kommunen werden und dazu beitra-



Foto: fernando zhimaticeia / Pixabay

Auch im Gesundheitswesen erhoffen sich viele große Fortschritte durch KI

gen, Städte, Landkreise und Gemeinden in ganz Europa smarter zu machen und sie zu vernetzen.

Künstliche Intelligenz

Eine weitere wichtige Säule des politischen Programms für die digitale Dekade ist die Digitalisierung von Unternehmen, insbesondere die Einführung von Spitzentechnologien wie Künstliche Intelligenz (KI), Cloud Computing und Big Data. KI hat das Potenzial, unter anderem das Gesundheitswesen durch frühzeitige Diagnosen und personalisierte Behandlungen, die Energieversorgung durch optimierte Energienetze oder das Verkehrswesen durch automatisierte Fahrzeuge zu revolutionieren.

Deutschland zeigt hier eine positive Dynamik und leistet einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des EU-Ziels, dass bis 2030 mindestens 75 Prozent der Unternehmen in der Europäischen Union KI nutzen. Deutsche Unternehmen liegen hier mit 11,6 Prozent über dem EU-Durchschnitt von 8 Prozent, wobei sie vom 75-Prozent-Ziel immer noch weit entfernt sind. Daher muss viel mehr getan werden, auch auf lokaler Ebene, um die Nutzung von KI zu fördern, nicht zuletzt durch kleine und mittlere Unternehmen.

Umfrage zur Digitalen Dekade

Im Juli 2024 gaben 73 Prozent der EU-Bürgerinnen und -Bürger bei einer Eurobarometer-Befragung zur Digitalen Dekade an, dass die Digitalisierung ihr Leben erleichtere, während 23 Prozent der Ansicht waren, dass ihr Leben dadurch erschwert werde. Über 80 Prozent sagten, dass die Bedeutung digitaler Technologien für den Erhalt öffentlicher Dienstleistungen bis 2030 zunehmen werde. Ein ähnlich hoher Anteil der Befragten fand, dass bezahlbares, schnelles Internet, Cybersicherheit und der Schutz ihrer Daten in Zukunft eine wichtige Rolle spielen müsse.

Eurobarometer-Umfrage:

<https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3174>

Der deutsche Fahrplan schlägt daher vor, das Bewusstsein der Unternehmen für KI zu schärfen, deren Anwendung in der Arbeitswelt zu fördern und kleinen und mittleren Unternehmen mehr maßgeschneiderte Beratungen anzubieten.

Wie die EU ihre KI-Ziele umsetzen will

Um die Verbreitung von KI zu fördern, kann die EU auf ein umfassendes Ökosystem zurückgreifen, und sie entwickelt hierzu diverse Instrumente, so etwa die Initiative GenAI4EU. Diese soll zur Entwicklung neuer Anwendungsfälle und Anwendungen in den 14 industriellen Ökosystemen Europas sowie im öffentlichen Sektor etwa in den Bereichen Robotik, Gesundheit, Biotechnologie, Fertigung, Mobilität, Klima und virtuelle Welten beitragen.

Auf EU-Ebene hat die Europäische Kommission das Amt für Künstliche Intelligenz (European AI Office) eingerichtet. Es soll die Entwicklung und Nutzung von KI in der EU fördern und sicherstellen, dass ein gesundes Ökosystem für Innovationen entsteht. Gleichzeitig ist es die Aufgabe des Amtes, die mit KI verbundenen Risiken zu mindern. Es spielt damit eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung des innovativen und wegweisenden KI-Gesetzes der EU, des weltweit ersten umfassenden Rechtsrahmens für KI.

Um die Einführung von KI zu fördern, hat die EU außerdem ein Netz von Europäischen Zentren für digitale Innovation (☞ **European Digital Innovation Hubs, EDIH**) in allen Mitgliedstaaten sowie in den mit dem Förderprogramm „Digitales Europa“ assoziierten Ländern begründet. Es soll als zentrale Anlaufstelle für Entwickler, Start-ups und kleine und mittlere Unternehmen dienen, damit sie je nach ihren Bedürfnissen auf verschiedene Elemente des europäischen KI-Ökosystems zugreifen und vertrauenswürdige KI schneller und effizienter auf den Markt bringen können. Die Zentren stellen reale und virtuelle Orte bereit, um KI-basierte Soft- und Hardwaretechnologien in realitätsnahen Umgebungen zu testen. Die EDIHs werden auch mit den neuen KI-Fabriken zusammenarbeiten, einer Initiative zur Bereitstellung von Infrastruktur und damit verbundenen Dienstleistungen für das Training von KI-Algorithmen. Deutschland spielt eine aktive Rolle in diesem Netzwerk und verfügt über 16 EDIHs, die über das Programm „Digitales Europa“ finanziert werden. Zusätzlich gibt es in Bayern noch ein lokal finanziertes Hub.

In den kommenden Monaten wird die Kommission mit den Vorarbeiten für ihre Strategie zur Anwendung von KI beginnen, mit der der Einsatz von KI in Bereichen wie Energie, Gesundheitswesen und Landwirtschaft gefördert werden soll, um Benefits zu generieren und Produktivitätssteigerungen zu erzielen, die für die Wettbewerbsfähigkeit der EU erforderlich sind.

Empfehlungen für Deutschland

Im Bericht zum Stand der digitalen Dekade wird empfohlen, dass Deutschland seine Erfahrungen bei der Entwicklung ressourceneffizienter KI-Technologien sowie seine guten Praxisbeispiele für den Einsatz von KI zur Steigerung der Ressourceneffizienz und Materialeinsparung weitergeben sollte. Darüber hinaus sollte die Zusammenarbeit auf allen Verwaltungsebenen intensiviert werden, um die digitalen Kompetenzen der Bevölkerung bis 2030 zu steigern und so auch die Basis für mehr Fachkräfte mit fortgeschrittenen KI-Kenntnissen zu legen, denn diese fehlen der Industrie aktuell.

Dabei kommt den Kommunen die wichtige Rolle zu, vor Ort die Entwicklung digitaler Kompetenzen zu unterstützen, die auch die Voraussetzung für die Nutzung digitaler Infrastrukturen, Technologien und öffentlicher Dienstleistungen sind. ■

Infos

Europas digitale Dekade: digitale Ziele für 2030:

☞ <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/europes-digital-decade>

2. Bericht zum Stand der Digitalen Dekade 2024:

☞ <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/factpages/state-digital-decade-2024-report>

Deutschlands nationaler Fahrplan zur Digitalen Dekade:

☞ https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Anlage/DG/Digitales/nationaler-fahrplan-zur-digitalen-decade.pdf?__blob=publicationFile

Wifi4EU:

☞ <https://wifi4eu.ec.europa.eu/>

5G and Edge Cloud for Smart Communities:

☞ https://hadea.ec.europa.eu/programmes/connecting-europe-facility/about/cef-digital-5g-and-edge-cloud-smart-communities_en?prefLang=de&etrans=de

Europäische Zentren für digitale Innovation:

☞ <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/activities/edihs>

Das europäische KI-Gesetz:

Die Bedeutung Künstlicher Intelligenz für Kommunen

Kommunen stehen oft vor besonderen Herausforderungen, wenn es um die Umsetzung neuer Gesetzesvorgaben oder technologische Veränderungen geht. Das gilt in besonderem Maße für Künstliche Intelligenz (KI). Daher ist es wichtig zu verstehen, welche konkrete Bedeutung das europäische KI-Gesetz (AI Act) für Kommunen hat und welche Veränderungen mit dessen Umsetzung einhergehen. Mit dem KI-Gesetz verändert sich nicht nur die regulatorische Landschaft, sondern auch die Nutzung von KI in der Verwaltung.

Ein Beitrag von
Axel Voss

Das am 1. August 2024 in Kraft getretene [KI-Gesetz der EU](#) soll die Zukunft der Technologie in eine sichere Richtung lenken. Damit ist die EU weltweit Vorreiter für die Regulierung von KI. Das Gesetz geht auf einen Vorschlag der EU-Kommission aus dem Jahr 2021 zurück und klassifiziert KI-Anwendungen in drei Bereiche: 1) Anwendungen, die ein inakzeptables Risiko darstellen und folglich verboten sind, 2) Anwendungen, die ein hohes Risiko beinhalten und daher rechtlichen Restriktionen unterliegen, und 3) Anwendungen die unbedenklich sind und damit aus der Regulierung ausgeschlossen sind.

Mithilfe des KI-Gesetzes sollen die Grundrechte der Menschen geschützt werden, indem sowohl die Nutzung als auch die Entwicklung von KI in der EU reguliert werden. Damit einher geht, diese Technologie in den Kommunen einzuführen und Innovation und Investitionen zu fördern. Bisher setzen nur wenige deutsche Städte, Landkreise und Gemeinden KI ein, denn häufig schränken rechtliche Hürden oder ungeklärte datenschutzrechtliche Fragen den Einsatz von KI dort ein. Ein Beispiel hierfür ist die Nutzung von KI zur Verarbeitung personenbezogener Daten in der Bürgerkommunikation. Viele Kommunen haben Bedenken, ob sie dabei die Datenschutzbestimmungen einhalten können. Das KI-Gesetz der EU adressiert



Foto: European Union 2022 / Josep Lago

Bislang ist der Einsatz von Robotern in Verwaltungen noch eine Zukunftsvision

diese Herausforderungen, indem es klare Regelungen und Transparenzpflichten einführt, um rechtliche Unsicherheiten zu verringern und Kommunen den Einsatz von KI zu erleichtern.

Kommunen haben großes Interesse an KI-Lösungen

Laut [Deutschem Städte- und Gemeindebund](#) (DStGB) nutzen derzeit bereits acht Prozent der Kommunen KI oder automatisierte Systeme in ihrer Verwaltung. Durch den im Jahr 2022 entstandenen Hype um ChatGPT, eine sprachbasierte KI, hätten die meisten Kommunen die immensen Chancen der KI für die Automatisierung von Verwaltungstätig-

Zum Autor:

Axel Voss ist Mitglied des Europäischen Parlaments und Berichterstatter für die Verordnung zur Regulierung von KI.



Foto: Brian Penny / Pixabay

In Rechenzentren gespeicherte Daten von Bürgerinnen und Bürgern müssen geschützt werden

keiten erkannt und möchten dieses Potenzial nutzen, so der DStGB. Das Interesse der Kommunen an innovativen und digitalen Lösungen ist also sehr hoch. Aktuell wenden die Kommunen KI hauptsächlich für die Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern, für Ampelschaltungen und für die Protokollierung von Ratssitzungen an.

Frist endet zum Jahreswechsel

Bis Ende 2024 müssen Kommunen das Verbot des Einsatzes von KI mit inakzeptablen Risiken zwingend umsetzen. Die verbindlichen Schutzmaßnahmen für KI-Systeme werden jedoch erst 24 Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes, also bis spätestens August 2026, wirksam. Daher ist es wichtig, dass die Behörden nun überprüfen, ob sie KI-Dienste bereitstellen oder anbieten, denn sobald sie „Bereitsteller“ von KI-Diensten sind, geht dies mit weniger strengen Pflichten einher als wenn sie die Rolle eines Anbieters von KI-Diensten innehaben. Mit der Umsetzung der Verordnung wird es nun verpflichtend, Transparenzpflichten bei bestimmten KI-Systemen zu wahren. Anwendungen, die für die Interaktion mit Menschen ausgelegt sind, oder Systeme mit einem allgemeinen Verwendungszweck müssen kenntlich gemacht werden.

Einsatzmöglichkeiten von KI

Der Einsatz von KI bietet den Kommunen viele Vorteile für die Verwaltung. Durch KI können Analysen verbessert werden, um

bessere Entscheidungen zu treffen. Zudem können viele Verwaltungsprozesse durch die Automatisierung effizienter gestaltet werden, wodurch auch Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zugänglicher werden. Der Einsatz von KI kann auch Beratungs- und Entscheidungsfunktionen der Verwaltung übernehmen. Dies stellt eine große Chance dar, um Arbeitsprozesse zu optimieren und um das Potenzial in kommunalen Gestaltungsfeldern wie Mobilität, Pflege, Bildung, Stadtentwicklung und in der Verwaltung zu nutzen.

Herausforderungen

Für die Umsetzung des KI-Gesetzes fehlen den Kommunen häufig die finanziellen Mittel sowie Fachpersonal. Letzteres mag nach einem Widerspruch klingen, da KI im Kampf gegen den Fachkräftemangel zum Einsatz kommen soll. Jedoch müssen die Technologien zunächst eingeführt werden und die Verwaltungsmitarbeitenden entsprechend ihres Kenntnisstands abgeholt werden.

In vielen Kommunen warf die EU-Verordnung zunächst Fragen auf und sorgte für Verunsicherung. Viele Verantwortliche in den Verwaltungen fragen sich etwa, was nun zu tun sei und was die Verordnung genau bedeute. Aber keine Sorge, dies geschieht bei der Umsetzung jeder neuen Gesetzesänderung. Doch nach anfänglichen Unsicherheiten wird sich die Situation lösen und die notwendigen Anpassungen vorgenommen werden können. Dazu ist es wichtig, dass alle beteiligten Akteure eng zusammenarbeiten und die Umsetzung nach klaren Richtlinien erfolgt.

Weitere Unsicherheiten der Kommunen betreffen den Datenschutz und dabei unter anderem Themen wie die IT-Sicherheit, die Sicherstellung des Datenschutzes sowie mögliche Diskriminierungen und ethische Aspekte. Deswegen arbeiten wir mit der Europäischen Kommission zusammen daran, rechtliche Unsicherheiten für die Anwendung von KI zu vermeiden und somit die Daten der Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Eine weitere Herausforderung ist die mit dem Einsatz von KI verbundene Umstrukturierung von Arbeitsplätzen. Stellen werden wegfallen, aber im Gegenzug werden andere neue Stellen entstehen. Dieser Problematik können Kommunen durch eine qualitative Personalplanung, die die Potenziale und Auswirkungen der KI berücksichtigt, begegnen.

Um einer möglichen Verletzung der Menschenrechte und Missbrauch durch den Einsatz von KI entgegenzuwirken, müssen die Systeme so programmiert werden, dass Datenschutzgesetze eingehalten werden. Damit kann ein ausreichender Schutz der Persönlichkeitsrechte gewährleistet werden. Auch eine transparente Kennzeichnung, wann KI eingesetzt wird und welche Daten gesammelt werden, geben den Bürgerinnen und Bürgern mehr Klarheit darüber, wofür Ihre Daten verwendet werden.

Ausblick

Für die Zukunft ist es von großer Bedeutung, dass möglichst alle Verwaltungsebenen zusammenarbeiten, um das KI-Gesetz der EU gemeinsam umzusetzen. Sollte der deutsche Gesetzgeber nicht überflüssige zusätzliche Pflichten hinzufügen, ist mit dem KI-Gesetz der EU eine Chance zur Stärkung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in KI-unterstütztes, staatliches Handeln verbunden. Die Regulierung kann Transparenz und Vertrauen schaffen.

Die meisten Kommunen betrachten die Nutzung von KI und weiteren automatisierten Systemen als sehr sinnvoll, denn KI bietet die Möglichkeit, die Verwaltungen langfristig zu entlasten. Sie haben großes Vertrauen in das Potenzial der Digitalisierung und erhoffen sich, deren Potenzial schnellstmöglich nutzen zu können. Dafür wäre zunächst die Digitalisierung der Kommunalverwaltungen wichtig, um ein Fundament zu schaffen, damit im Anschluss KI effizient in der Verwaltung eingesetzt werden kann. So könnten Problemen wie

dem Fachkräftemangel und der bisherigen mangelhaften Effizienz durch zu bürokratische Abläufe in den Kommunen begegnet werden.

Doch ist zu beachten, dass gerade das föderale Prinzip und damit auch das Recht auf kommunale Selbstbestimmung in technischer Hinsicht zu zahlreichen Herausforderungen führen kann. Wenn etwa jede Kommune eine eigene KI und eigene Systeme entwickeln würde, käme es zu vielen Komplikationen. Gegebenenfalls würden die Systeme nicht miteinander korrespondieren



Foto: European Union, 2024 / Lukasz Kobus

Deutsche Kommunen wollen in Zukunft mehr KI in der Verwaltung nutzen

und dadurch überflüssige Hürden entstehen. Aus diesem Grund ist eine einheitliche politische Führung auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene wichtig, um eine Durchlässigkeit der Systeme zu ermöglichen.

KI wird die Verwaltung in vielfältigen Anwendungsfeldern revolutionieren. Doch trotz der vielen Chancen von KI sollten die Risiken einer falsch eingesetzten KI nicht übersehen werden. Deswegen setzen wir uns im Europäischen Parlament dafür ein, strenge Regularien und klare Leitlinien zu entwickeln, um einen verantwortungsvollen Einsatz von KI zu gewährleisten. ■

Infos

KI-Gesetz der EU:

🔗 <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/regulatory-framework-ai>

Zukunftsradar 2023: Das Thema KI ist in den Kommunen angekommen:

🔗 <https://www.dstgb.de/publikationen/pressemitteilungen/das-thema-ki-ist-in-den-kommunen-angekommen/>

Digitale Daseinsvorsorge vor Ort:

Was brauchen kommunale Unternehmen von Brüssel?

Nichts geschieht, wenn es nicht vor Ort geschieht: Dieses Motto gilt neben der klassischen auch für die digitale Daseinsvorsorge. In Deutschland übernehmen kommunale Unternehmen wie Stadtwerke diese Verantwortung. Sie sorgen etwa für schnelles Internet in der Stadt und auf dem Land.

Ein Beitrag von
Anna Sophie Kirchmayr
 und **Dr. Heiko Schäffer**



Foto: Swantje Hehmann

Kommunale Unternehmen gehören in Deutschland zu den Pionieren des Glasfaserausbaus

Die digitale Daseinsvorsorge umfasst ein weites Feld wesentlicher Dienstleistungen, unter anderem digitale Infrastrukturen als Basis für eine digitale Versorgung, digitale Kompetenzen, damit digitale Lösungen vor Ort vorgeschlagen und umgesetzt werden können, eine Erweiterung bestehender Dienstleistungen durch digitale Angebote zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger sowie deren digitale Teilhabe.

Kommunale Dienstleistungen müssen zukunftssicher sein

Kommunale Daseinsvorsorge funktioniert auch, wie sich gerade in den letzten Jahren gezeigt hat, besonders in Zeiten von Krisen. Umso wichtiger ist es, dass diese Dienstleistungen zukunftssicher sind. Für [kommunale Unternehmen](#) ist es selbstverständlich, dass diese Dienstleistungen – wo sinnvoll

– auch zunehmend digitalisiert werden. Prozesse werden weiter optimiert, Energie- und Ressourceneffizienz gesteigert, Geschäftsmodelle innovativer, Kundenservices noch besser.

Datenwirtschaft und Glasfaserinfrastruktur

Daten dienen als Rohstoff für eine digitale Daseinsvorsorge. Sie sind daher von entscheidender Bedeutung – und zwar während ihres gesamten Lebenszyklus, der mit der Datengewinnung und -übertragung beginnt. Kommunale Unternehmen bauen das digitale Smart-City-Fundament mittels sogenannter vernetzter Internet-of-Things (Internet der Dinge)-Sensoren. Diese Sensorik kann zum Beispiel auf Parkplätzen oder Abfalleimern installiert werden und deren Auslastung beziehungsweise Füllstände registrieren.

Zu den Autoren:

Anna-Sophie Kirchmayr ist Referentin mit Schwerpunkt Digitalisierung beim Verband kommunaler Unternehmen (VKU) in Brüssel.

Dr. Heiko Schäffer ist Geschäftsführer der Zentralabteilung des VKU und verantwortet unter anderem die Digitalthemen und das Brüsseler Büro.

Kommunale Unternehmen digitalisieren auch bereits vorhandene analoge Daten. Beispielsweise können diese aus anonymisierten Nutzerdaten gewonnen werden.

Damit diese und andere Daten effektiv übertragen werden können, ist eine hochleistungsfähige und nachhaltige Konnektivität von entscheidender Bedeutung. Kommunale Unternehmen gehören zu den Pionieren des Glasfaserausbaus in Deutschland. Sie treiben diesen insbesondere im ländlichen Raum voran und sind Inhaber von Glasfaserinfrastrukturen. Sie bieten zudem offenen Netzzugang (Open Access) an, also eine diskriminierungsfreie Mitnutzung ihrer Glasfasernetze durch andere Telekommunikationsunternehmen. Somit findet Wettbewerb auf dem Netz – und nicht zwischen den Netzen – statt. Dies ermöglicht eine Anbietervielfalt auch im ländlichen Raum.

Danach müssen die Daten gespeichert und verarbeitet werden. Auch dies geschieht in kommunaler Hand. 60 Prozent der kommunalen Unternehmen betreiben eigene Rechenzentren für eine sichere Datenbereitstellung kritischer Infrastrukturen. Die Daten können schlussendlich bereitgestellt werden: zum Beispiel als Digital Twin (digitaler Zwilling), der die physische Realität etwa für Planungszwecke digital darstellen kann (siehe hierzu auch Seite 17).

Digitalisierung vor Ort

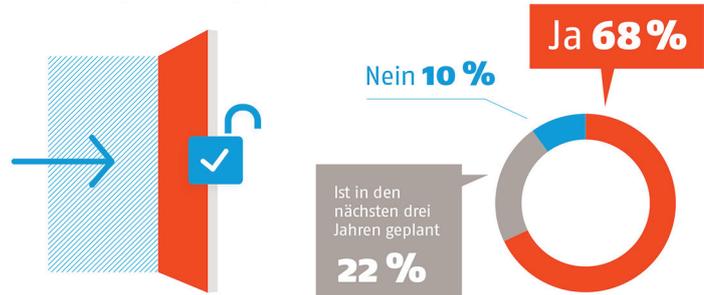
Diese digitale Daseinsvorsorge führt zu einer Vielzahl innovativer Anwendungsfälle. Schließlich benötigt eine gezielte Anwendung von Künstlicher Intelligenz (KI) eine große Menge an Daten und Datenkompetenz. Kommunale Unternehmen passen schon vorhandene Technologien an und entwickeln selbstständige digitale Lösungen. Das alles sind Bausteine für vernetzte Smart Cities und Smart Regions und selbstverständlich ein wesentlicher Bestandteil der Nachhaltigkeit. So sorgen kommunale Unternehmen gleichzeitig für gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land.

Wie wirkt sich die EU-Gesetzgebung vor Ort aus?

Für eine effektive, verlässliche und verantwortungsvolle digitale Daseinsvorsorge in Deutschland benötigen kommunale Unternehmen angemessene Rahmenbedingungen. Dies gilt auch auf EU-Ebene. Aufgrund ihrer Verankerung vor Ort spielen kommunale Unternehmen eine Schlüsselrolle, um die

Open Access ist Marktstandard kommunaler Unternehmen

Bieten Sie Dritten aktuell einen offenen und diskriminierungsfreien Netzzugang an?



Quelle: VKU-Mitgliederumfrage Telekommunikation April/Mai 2024.

© VKU

Ziele der Digitalen Dekade der EU (siehe Seite 3) zu erreichen.

Kommunale Unternehmen unterliegen einer zunehmenden Regelungsdichte auf europäischer Ebene im digitalen Bereich, etwa durch

- die Gigabit-Infrastrukturverordnung (GIA) und Neuregelung der Mitnutzung von Breitbandinfrastrukturen wie auch der Koordinierung von Bauarbeiten;
- die Verordnung über Künstliche Intelligenz (AI Act), welche die Herstellung, Entwicklung und Anwendung von KI mit einem risikobasierten Ansatz regelt;
- das EU-Datengesetz (Data Act), welches darauf abzielt, Hindernisse für den Zugang zu Daten auszuräumen und neue Regeln für die Nutzung von Daten festzulegen;
- die Richtlinie über Open Data und zur Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (PSI-Richtlinie) und;

Über zwei Drittel der kommunalen Unternehmen in Deutschland bieten einen offenen Netzzugang an

KI-Anwendungen

Beispiele für Anwendungsfälle von KI in kommunalen Unternehmen:

- digitale Frühwarnsysteme, die vor Starkregen schützen,
- KI-Systeme, die Anomalien in OT- und IT-Netzwerken erkennen,
- Smart Meter, Smart Grids und Smartes Netzmanagement in der Energiewirtschaft,
- Kunden-Apps und eigene KI-gesteuerte Chat Bots für die Kundenkommunikation;
- KI-Systeme, die die Reichweite von E-Bussen oder Fahrgastzahlen prognostizieren,
- Parkplatz-Sensoren, die per App über freie Plätze informieren,
- Ertrinkenden-Erkennungssysteme auf einer KI-gesteuerten Smartwatch zur Unterstützung von Badeaufsichtspersonal.

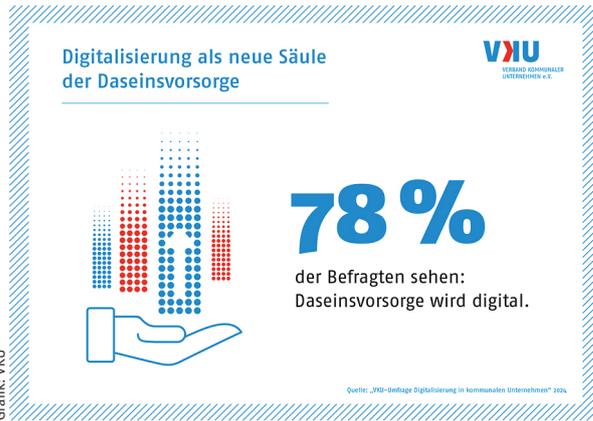
- die NIS-2-Richtlinie und die Festlegung detaillierter Kriterien und Anforderungen zur (Cyber-)Sicherheit kritischer Infrastrukturen.

Nun muss der Schwerpunkt auf der Umsetzung liegen. Angesichts der Vielzahl an Regulierungen in diesem Bereich bedarf es vor allem Rechtssicherheit und klarer Leitlinien, insbesondere zur Nutzung kommunaler Daten und Daten kommunaler Unternehmen. Ungleichbehandlungen öffentlicher Unternehmen gegenüber privaten Wettbewerbern müssen vermieden werden. Wichtig ist auch die Förderung eigener Innovationen kommunaler Unternehmen im Bereich der Datenwirtschaft und KI. So können die digitale Souveränität Europas gestärkt und die Vorherrschaft großer digitaler Konzerne vermieden werden.

Chancen für kommunale Unternehmen

Der europäische regulatorische Rahmen bietet Möglichkeiten zur Stärkung der Rolle der kommunalen Ebene als Kernakteure der Vernetzung und Digitalisierung Europas.

Neue Regulierungen des Telekommunikationssektors – zum Beispiel in einem möglichen Digital Networks Act oder in der



Auch die kommunale Daseinsvorsorge wird immer digitaler

Novellierung des europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (EKEK) – müssen die Belange kommunaler Unternehmen und damit dezentraler Strukturen berücksichtigen. Eine Fokussierung auf globalen Wettbewerb und große europäische Champions erlaubt kein vollständiges Bild der Lage des Telekommunikationsmarktes auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Stattdessen sollte sich die Kommission für eine Vielfalt von Breitbandanbietern einsetzen und den Wettbewerb schützen. Dies ist von entscheidender Bedeutung, damit digitale Daseinsvorsorge in kommunaler Hand zumindest möglich bleibt – und bestenfalls weiter gestärkt wird.

Infos

VKU: Digitalisierung:
<https://www.vku.de/themen/digitalisierung/>

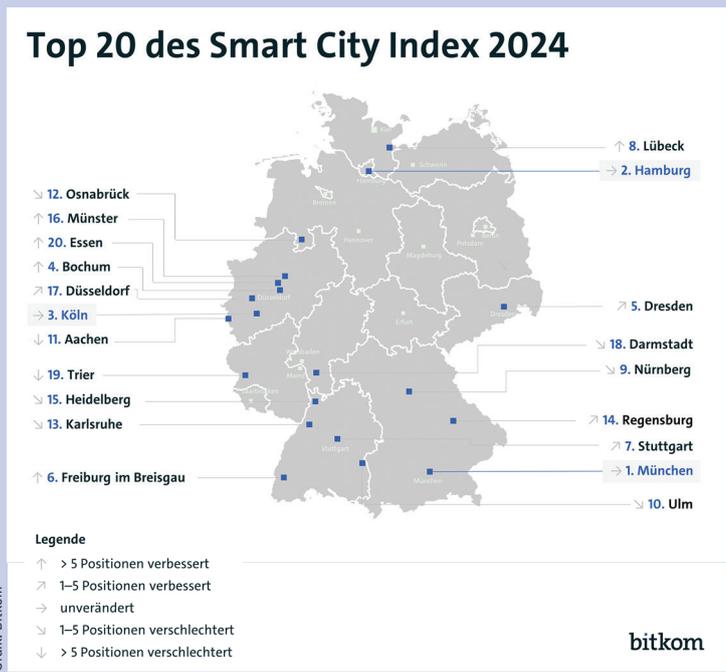
VKU in Brüssel:
<https://www.vku.de/themen/europa/>

Smart City Index

Der Digitalverband Bitkom präsentierte im September 2024 zum sechsten Mal sein Ranking der smartesten deutschen Großstädte. München ist wie im Vorjahr auch 2024 wieder die smarteste Stadt Deutschlands, gefolgt von Hamburg und Köln. Der Index macht erstmals auch „Hidden Champions“ sichtbar, indem die Preise in fünf Kategorien vergeben wurden. So ist Düsseldorf (Gesamtrang 17) 2024 etwa Spitze im Bereich „Gesellschaft und Bildung“. Ingolstadt, im Gesamtranking auf Platz 23, belegte den ersten Platz in der Kategorie „Energie und Umwelt“.

Trotz dieser Erfolge warnte Bitkom-Präsident Dr. Ralf Wintergerst: „Wenn wir mehr digitale Infrastruktur und digitale Verwaltungsangebote wollen, dann müssen wir etablierte digitale Lösungen priorisieren.“ Wenn jede Stadt das digitale Rad neu erfinden sollte oder wolle, käme Deutschland hierbei nicht wirklich vom Fleck, so Wintergerst.

Bitkom Smart City Index:
<https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Smart-City-Index-2024>



Der Weg zu einer modernen öffentlichen Verwaltung:

Innovative Digitalisierung in Lettland

Die Digitalisierung ist zu einem integralen Bestandteil der Entwicklung der öffentlichen Verwaltung geworden und Lettland – ein kleines Land in Bezug auf Fläche und Bevölkerung – sticht in diesem Prozess hervor. Dieser Erfolg ist kein Zufall, denn Lettland hat erhebliche Mittel in die Entwicklung digitaler Dienstleistungen investiert und mehr als 91 Prozent der öffentlichen Dienste online verfügbar gemacht.

Ein Beitrag von
Raivis Bremsmits



Foto: Stadt Jelgava

Die lettische Stadt Jelgava setzt bei Vermessungsarbeiten Drohnen ein.

Die **Erfolgsgeschichte der Digitalisierung** in Lettland basiert auf dem Zusammenspiel mehrerer Faktoren: gezielte strategische Planung, ein starker Informations- und Kommunikationstechnologiesektor, eine angemessene Infrastruktur und eine enge Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor.

Die digitale Identität ist eine Voraussetzung für ein aktives digitales Umfeld sowohl im öffentlichen als auch im kommerziellen Sektor. Die lettische Regierung hat daher die strategische Entscheidung getroffen, allen Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen kostenlos eine nationale digitale Identität zur Verfügung zu stellen, mit der sie sich etwa online ausweisen und auf eine Vielzahl von Online-Diensten zugreifen können. In Form einer Chipkarte oder einer mobilen App hat sie zur raschen Entwicklung digitaler Dienstleistungen geführt.

Das lettische zentralisierte E-Government-System sorgt dafür, dass die Bevölkerung und Unternehmen fast alle Verwaltungstätigkeiten jederzeit und überall online erledigen können. Dazu zählen etwa die Einkommensteuererklärung, die Zahlung und Nachforderung von Steuern, die Beantragung von Sozial- und Gesundheitsleistungen wie Renten sowie die Anmeldung bei Bildungseinrichtungen und die Inanspruchnahme von Unternehmensdienstleistungen.

Künstliche Intelligenz macht die öffentliche Verwaltung einfacher

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) und Sprachtechnologien in der öffentlichen Verwaltung öffnete in den letzten fünf Jahren die Tür für die zunehmende Einführung digitaler Dienstleistungen. Dies führte für die

Zum Autor:

Raivis Bremsmits ist Generaldirektor der Investitions- und Entwicklungsagentur Lettlands.



Foto: Stadt Jelgava

Die Stadtverwaltung von Jelgava setzt erfolgreich auf digitale Technologien

Verwaltung zu erheblichen Einsparungen hinsichtlich zeitlicher, personeller und finanzieller Ressourcen. Lettland ist das erste Land der Welt, das eine eigene KI-Sprachtechnologieplattform auf nationaler Ebene eingeführt hat. Diese Plattform bietet maschinelle Übersetzungen, Spracherkennung und Sprachsynthesedienste an, die inhaltlich auf die öffentliche Verwaltung zugeschnitten sind und von der lettischen öffentlichen Verwaltung weithin genutzt werden. Sie sind zudem in verschiedene elektronische Dienste integriert.

Die gezielte Entwicklung und Integration von Sprachtechnologien in E-Tools hat zusammen mit den Möglichkeiten der generativen KI auch die erfolgreiche Entwicklung virtueller Assistenten in Lettland ermöglicht, die bereits von mehr als 100 lettischen öffentlichen Verwaltungen und Institutionen genutzt werden. Der virtuelle Assistent gibt Antworten auf häufig gestellte Fragen und hilft bei einfacheren Problemen, indem er der Bevölkerung rund um die Uhr eine einfache Kommunikation mit den Behörden ermöglicht. So haben die Verwaltungsmitarbeitenden mehr Zeit für die Bearbeitung komplexerer Probleme.

Digitale Innovationen in Jelgava

Die lettischen Digitalisierungsbemühungen werden nicht nur von nationalen Initiativen, sondern auch von lettischen Kommunen vorangetrieben. Die Stadtverwaltung von Jelgava ist ein Leuchtturm für die Digitalisierung. Laut Ilze Āboliņa, Leiterin des Jelgava Digital Centre, spielt das operative Informationszentrum der Kommune in diesem Prozess eine besondere Rolle, indem es die Prozesse des Katastrophenschutzes koordiniert,

den Informationsfluss bei verschiedenen Krisen und Naturkatastrophen organisiert und Meldungen von Bürgerinnen und Bürgern über verschiedene Infrastrukturprobleme im städtischen Umfeld verarbeitet.

Interaktive Karten und Videoüberwachung

Zu den digitalen Innovationen in Jelgava gehören auf die Bevölkerung zugeschnittene digitale Werkzeuge. Die Kommune hat etwa eine mobile App und eine digitale interaktive Karte entwickelt, wo die Bürgerinnen und Bürger aktuelle Probleme, Unfälle und andere Vorfälle melden können. Die Meldung wird



Foto: LIAA Latvia

Lettland war bei der Smart Country Convention in Berlin vom 15. bis 17. Oktober 2024 offizielles Partnerland; der lettische Präsident Edgars Rinkēvičs, hier mit Innenministerin Nancy Faser, stellte bei der Messe die Erfolge des baltischen Landes bei der Digitalisierung vor

registriert und an die für die Behebung des Problems zuständige Person weitergeleitet. Die interaktive Karte zeigt auch anderen Einwohnerinnen und Einwohnern, dass die jeweilige Situation registriert wurde und somit werden die zuständigen Dienste nicht überlastet. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten eine Rückmeldung darüber, was die Kommune unternimmt, um die Situation zu verbessern.

Intelligente Videoüberwachungssysteme mit KI sind ein wesentliches Element des Sicherheitssystems der Stadt, das zusätzlich zur Videoüberwachung weitere Funktionen bietet. So ist es möglich, menschliches Verhalten zu analysieren (perspektivisch auch aggressives Verhalten zu erkennen), nationale Kraftfahrzeugkennzeichen zu identifizieren, den Verkehrsfluss zu analysieren und Fahrzeugtypen zu erkennen sowie automatisch Verstöße gegen Straßenverkehrsregeln wie Falschparken zu erfassen.

Drohnen, Identifikationskarte und Verkehrsmanagement

Drohnen-Technologie wird in Jelgava eingesetzt, um die Situation bei Krisen wie Überschwemmungen zu überwachen und die zuständigen Stellen in Echtzeit zu informieren. Für die Zukunft plant das Jelgava Digital Centre die Einführung von Lösungen mit KI, damit Drohnen potenziell gefährliche Situationen selbstständig erkennen und die Dienste noch schneller reagieren können. Ein Frühwarnsystem stellt sicher, dass die Bevölkerung im Voraus über Krisensituationen wie Überschwemmungsgefahren informiert wird. Das System sendet Benachrichtigungen an die Telefonnummern der registrierten Eigentümerinnen und Eigentümer von Gebäuden, sodass nicht nur Menschen vor Ort informiert werden, sondern auch diejenigen, die abwesend sind.

In Zusammenarbeit mit Mastercard wurde in der Stadt die City Key-Karte eingeführt, die eine Identifizierung der Bürgerinnen und Bürger und in Zukunft auch die Funktionalität einer Bankkarte bietet, was eine bequeme und effiziente Nutzung kommunaler Dienstleistungen ermöglicht. So können Kinder in den Schulen etwa ihr kostenloses Mittagessen abrechnen, ohne offenlegen zu müssen, wer von ihnen Unterstützung der Kommune erhält, was die soziale Stigmatisierung verringert. Aus Sicht der Kommune ist die Karte nützlich, weil sie genaue Daten darüber liefert, welche Bürgerinnen und Bürger subventionierte Dienstleistungen wie oft in Anspruch nehmen, und die Verwaltung von Zahlungen und Ermäßigungen erleichtert.

Ein intelligentes Verkehrsmanagement optimiert den Verkehrsfluss in der Stadt. Eine der zentralen Funktionen ist das Ampelsteuerungssystem, das mit Hilfe fortschrittlicher Sensoren und der Analyse von KI-Daten den Verkehr in Echtzeit entsprechend dem Verkehrsfluss regelt. So wird beispielsweise

eine Ampel mit Abbiegepfeil nur dann aktiviert, wenn ein Fahrzeug in die Fahrspur einfährt, was den Verkehrsfluss verbessert und Wartezeiten verkürzt.

Nationale Digitalisierungsprojekte

Gleichzeitig ist Jelgava auch an der Entwicklung digitaler Lösungen auf nationaler Ebene beteiligt. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wohlfahrt beteiligt sich das Jelgava Digital Centre derzeit an der Erarbeitung einer digitalen Plattform für soziale Dienstleistungen. Dieses Projekt ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Erbringung von sozialen Dienstleistungen, da es ein einziges, zentralisiertes System vorsieht, das es allen lettischen Gemeinden ermöglichen wird, Sozialdaten effektiv zu verwalten und auf dieser Grundlage Entscheidungen zu treffen. Die Plattform wird KI-Lösungen wie Spracherkennung integrieren, sodass die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter während der



Foto: Latvian IT Cluster

Gespräche mit den Kundinnen und Kunden automatisch relevante Informationen und Unterlagen erfassen können. Darüber hinaus wird die KI zur Automatisierung der Berichterstattung und Datenanalyse eingesetzt, was nicht nur die tägliche Arbeit erleichtert, sondern auch die Erbringung von sozialen Dienstleistungen genauer und effizienter macht und ein nützliches Instrument für die soziale Haushaltsplanung und die Ermittlung der Bedürfnisse der Bevölkerung darstellt.

Ein weiteres wichtiges Projekt der Gemeinde Jelgava betrifft die Verbesserung der Notrufzentrale des nationalen Rettungsdienstes 112. Innovative Technologien ermöglichen es, Anrufe schneller und direkter an die Polizeidienststellen in den Kommunen weiterzuleiten und so die Reaktionszeit bei Notfällen zu verkürzen. Darüber hinaus wird

Intelligente Videoüberwachungssysteme überwachen in Jelgava den Verkehrsfluss



Mithilfe eines interaktiven Stadtplans können in Jelgava Bürgerinnen und Bürger Schäden melden

die Projektumsetzung den Datenaustausch zwischen den nationalen und kommunalen Polizeidiensten durch die Schaffung eines einheitlichen Datensystems erleichtern.

Zusammenarbeit mit lettischen Technologieunternehmen

Auch lettische Technologieunternehmen spielen bei der Digitalisierung der staatlichen und kommunalen Verwaltung eine wichtige Rolle. Ein solches Unternehmen ist „dots.“, dessen Verkehrsüberwachungsplattform FitsTraffic in verschiedenen lettischen und anderen europäischen Städten eingesetzt wird. Die Plattform ermöglicht eine effiziente Verwaltung von Verkehr und Infrastruktur in einem einheitlichen System und erleichtert die Datenanalyse und -überwachung. Durch den Einsatz etwa von Computer Vision und maschinellem Lernen ermöglicht FitsTraffic eine genaue Verfolgung des Verkehrsflusses, Fahrzeugüberwachung, Geschwindigkeitskontrolle, Gewichtskontrolle und sogar die Überwachung der Straßenqualität. Die Plattform kann auch für Verkehrsplanung, Verkehrsanalyse und Verkehrsmanagement auf nationaler, regionaler oder städtischer Ebene genutzt werden und mit bestehenden Kamera- und Sensorsystemen integriert werden. Einer der Hauptvorteile dieser Plattform ist ihre Skalierbarkeit: Eine lettische Stadt nutzt die Plattform mit einem Sensor für eine bestimmte Verkehrssicherheitsaufgabe, während nationale Straßen mit mehreren hundert Sensoren ausgestattet sind, die auf einer einheitlichen Plattform verbunden sind.

Die Offenheit Lettlands und der anderen baltischen Staaten für digitale Innovationen fördert die schnellere Entwicklung und Umsetzung neuer Lösungen, so Edgars Starkis, Vertreter von „dots.“. Er ist der Ansicht, dass in Zukunft nicht nur die Entwicklung neuer Lösungen, sondern auch deren Integration und die Zusammenarbeit zwischen den Ländern im Rahmen grenzüberschreitender Verkehrsprojekte eine immer wichtigere Rolle bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung spielen werden. Dies wird den Bürgerinnen und Bürgern bequemere Mobilitätsoptionen innerhalb des TEN-T-Netzes bieten. Die gemeinsame Nutzung verfügbarer Daten und die Möglichkeit, diese mit Hilfe von KI und anderen Technologien schnell zu analysieren, werden entscheidend sein, um auch andere Schlüsselbereiche der öffentlichen Verwaltung wie das Gesundheitswesen und die öffentliche Sicherheit zu verbessern.

„Lettland und die anderen baltischen Staaten haben die einmalige Chance, dank ihres flexiblen Ansatzes und ihrer aktiven Beteiligung an internationalen Projekten führend in der digitalen Innovation zu werden. So haben beispielsweise Riga und andere lettische Städte ein Technologie-Testgelände eingerichtet, auf dem Unternehmen mit Lösungen experimentieren können, die für die öffentliche Verwaltung und das Verkehrsmanagement nützlich sind. Dies beschleunigt die Erprobung der Technologien und ihren Einsatz in anderen europäischen Städten“, so Edgars Starkis.

Infos

Pressemitteilung: Lettland führend bei der Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen:

🔗 <https://www.varam.gov.lv/en/article/latvia-continues-lead-public-service-digitization-and-e-identity-usage-within-eu>

Stadtentwicklung mit Urbanen Digitalen Zwillingen:

Die Stadt von morgen virtuell gestalten

Unsere Städte stehen vor immer komplexeren Herausforderungen: Klimawandel, Urbanisierung und wachsende Mobilitätsanforderungen verlangen nach neuen, intelligenten Lösungsansätzen. Digitale Zwillinge bieten einen vielversprechenden Ansatz, um Städte nachhaltiger und lebenswerter zu gestalten. Im Projekt „Connected Urban Twins“ treiben Hamburg, Leipzig und München die Entwicklung Urbaner Digitaler Zwillinge als Werkzeuge für die Stadtentwicklung gemeinsam voran.

Ein Beitrag von
Marina Brink



Foto: Angela Pfeiffer für Connected Urban Twins

Mit Touch-Tischen lassen sich Stadtentwicklungsprojekte visuell ansprechend darstellen.

Urbane Digitale Zwillinge sind digitale Abbilder von Städten und Kommunen mit systematischem Realitätsabgleich. Sie basieren auf Daten, technischen Komponenten, Schnittstellen und Funktionalitäten aus verschiedenen Bereichen wie Geoinformationen, Verkehrssystemen, Umweltinformationen oder Energieversorgung.

Traditionell arbeiten Stadtentwicklungsprojekte häufig mit fragmentierten Informationen, die nur schwer miteinander verknüpft werden können. Urbane Digitale Zwillinge bündeln städtische Daten und erlauben so eine interdisziplinäre und ganzheitliche Betrachtung. Die zugrundeliegende digitale Infrastruktur, beispielsweise eine Urbane

Datenplattform oder Geodateninfrastruktur, stellt die Daten bereit und ermöglicht Analysen, Simulationen und Vorhersagen in Anwendungen umzusetzen, die in der integrierten Stadtentwicklung sowie für die Beteiligung der Bevölkerung in Planungsverfahren genutzt werden können. Planungsprozesse werden so nicht nur effektiver, sondern auch transparenter und partizipativer.

Wegbereiter für Urbane Digitale Zwillinge

Im Rahmen des Projekts [„Connected Urban Twins“ \(CUT\)](#) kooperieren die Städte Hamburg, Leipzig und München, um Urbane

Zur Autorin:

Marina Brink verantwortet die Öffentlichkeitsarbeit des Projekts „Connected Urban Twins“ im Amt für IT und Digitalisierung der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg.

Datenplattformen und Digitale Zwillinge als integrale Werkzeuge der Stadtplanung und -entwicklung zu etablieren. Ziel ist es, innovative und vernetzte Lösungen zu schaffen, mit denen Stadtentwicklung sowie Bürgerinnen und Bürger komplexe Zusammenhänge besser verstehen und fundiertere Entscheidungen treffen können.

Ein zentrales Anliegen des Projekts ist der Wissenstransfer. Die drei beteiligten Städte teilen nicht nur untereinander ihre Erkenntnisse und Fortschritte, sondern auch mit anderen Kommunen und Akteuren, insbesondere auf nationaler Ebene über das Netzwerk der mit Bundesmitteln geförderten [„Modellprojekte Smart Cities“](#).

Angesichts der rapiden technologischen Weiterentwicklungen ist es wichtig, auch organisatorische und rechtliche Erkenntnisse weiterzugeben. Wie können Stadtverwaltungen etwa die erforderliche Datenbasis schaffen? Welche Rahmenbedingungen müssen zuvor geklärt werden? Solche Fragen adressiert das Projekt im Rahmen des Wissenstransfers durch Formate wie die [CUT-Akademie](#), um den Einsatz der Technologie in der Breite zu fördern.

Wissenstransfer als zentraler Baustein

Um ein gemeinsames Verständnis Urbane Digitale Zwillinge zu etablieren und die städteübergreifende Kooperation bei ihrer Entwicklung zu fördern, hat das CUT-Projekt gemeinsam mit über 40 weiteren Fachleuten aus Kommunen, Verbänden, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft über zwei Jahre hinweg einen Standard für Urbane Digitale Zwillinge erarbeitet. Die im Oktober 2024 veröffentlichte [DIN SPEC 91607 „Digitale Zwillinge für Städte und Kommunen“](#) bildet einen wichtigen Meilenstein für die Standardisierung Digitaler Zwillinge in Deutschland. Städte und Kommunen erhalten mit der Spezifikation (SPEC) eine umfassende Grundlage, um Digitale Zwillinge effektiv zu implementieren und dabei auf bestehende Standards und Best Practices zurückzugreifen. Ein zentrales Element der Spezifikation sind die definierten Anwendungsfälle, die auf über 100 identifizierten Nutzungsszenarien beruhen, unter anderem in den Bereichen Mobilität, Energie, Umwelt, Sicherheit und Stadtplanung.

In den CUT-Partnerstädten Hamburg, Leipzig und München werden Urbane Digitale Zwillinge schon heute vielfach als Werkzeuge zu unterschiedlichen Fragestellungen der Integrierten Stadtentwicklung eingesetzt.

Praktische Anwendungsbeispiele aus Connected Urban Twins

Stadtentwicklung mit Perspektive: der 3DProjektplaner

Der in Hamburg entwickelte [3DProjektplaner](#) ist eine auf dem Masterportal basierende Open-Source-Webanwendung, die es Planerinnen und Planern in der Verwaltung ermöglicht, Bauvorhaben im 3D-Stadtmodell geodatenbasiert zu analysieren sowie eigene städtebauliche Entwicklungsideen schnell und einfach zu skizzieren.

Über einen 3D-Importer können Entwürfe von Planungsbüros als digitale 3D-Modelle importiert und georeferenziert im Kontext der bebauten Stadt platziert und visualisiert werden. So entstehen neue Analysemöglichkeiten, die die Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse unterstützen: Es können leicht verschiedene Sichtperspektiven eingenommen, Fassadengestaltungen oder Dachabschlüsse mit der angrenzenden Bebauung in Abgleich gebracht werden.



Foto: Landeshauptstadt München

In München soll der Digitale Zwilling bei der Quartiersentwicklung genutzt werden

Der 3DProjektplaner unterstützt Planerinnen und Planer auch dabei, eigene städtebauliche Ideen zu entwickeln. Dafür stehen in der Anwendung leicht bedienbare Zeichenwerkzeuge zur Verfügung. Über das Einbinden von baurechtlichen Geodaten, Lärmkarten oder auch Denkmalkartierungen können Auswirkungen und Wechselwirkungen mit dem städtischen Umfeld eingeschätzt werden. Mit importierten und gezeichneten Objekten können zudem Simulationen durchgeführt werden, wie aktuell bereits Schattenwürfe sowie Fußgängerperspektiven.

Digitales Tool zur Kitanzplanung

In Leipzig wurde ein [digitales Tool zur Kitanzplanung](#) für Fachämter entwickelt, um Infrastruktur effizient zu planen und zukünftige Entwicklungen simulieren zu kön-

nen. Ein Hauptvorteil der Anwendung liegt in der verbesserten Transparenz und Planbarkeit, insbesondere bei der Erfüllung des gesetzlichen Anspruchs auf Kitaplätze. Das Tool ermöglicht es, den Bedarf an Plätzen im Verhältnis zur wachsenden Bevölkerung und der Urbanisierung genau zu berechnen und Wechselwirkungen mit anderen städtebaulichen Maßnahmen zu erkennen.

Anstatt in isolierten Software-Systemen zu arbeiten, können die Ämter auf ein interaktives, geodatenbasiertes Dashboard zugreifen, welches Analysen und Prognosen zu Kita-Plätzen, Gebäudesanierungen, Kita-Neubauten und der Bevölkerungsentwicklung integriert. Leipzig profitiert von einer besseren Koordination der Ressourcen und einer optimierten Planung, die mit Echtzeitdaten und Szenarien arbeitet.

Werkzeug zur Entwicklung integrierter Quartierskonzepte

München möchte bis 2035 klimaneutral werden. Ein zentraler Ansatzpunkt dabei ist die Entwicklung integrierter Quartierskonzepte, die Quartiere fachübergreifend betrachten und dazu beitragen sollen, diese klimaneutral, klimaresilient und lebenswert zu entwickeln. Die Schwerpunktthemen sind dabei eine klimaneutrale Wärmeversorgung in Kombination mit Gebäudesanierung, Klimaanpassung, Freiflächengestaltung sowie klimaneutrale Mobilität und Stromerzeugung. Mit der integrierten Bearbeitung dieser fachlichen Aspekte können besonders auf Quartiersebene Synergieeffekte gehoben und Zielkonflikte minimiert werden.

Das im Rahmen des CUT-Projekts entwickelte Quartiersentwicklungstool ermöglicht Planerinnen und Planern nun eine datenbasierte Bewertung von Quartieren, indem alle erforderlichen Informationen über einen Digitalen Zwilling gebündelt und in Form von Webkarten und Dashboards einfach zugänglich gemacht werden. Das Tool stellt einen bedeutenden Meilenstein auf dem Weg zur digitalen Integrierten Stadtentwicklungsplanung in der Landeshauptstadt München dar. Es demonstriert erfolgreich die Anwendung der entwickelten Methodik für die systematische Digitalisierung von Stadtentwicklungsprozessen.

Künstliche Intelligenz als Verstärker der Digitalen Zwillinge

Ein entscheidender Aspekt, der im Zusammenhang mit Urbanen Digitalen Zwillingen immer mehr an Bedeutung gewinnt, ist der

Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI). Durch die Integration verschiedener städtischer Datenquellen und ihrer Verknüpfung mit fortschrittlichen Simulations- und KI-Methoden entstehen neue Möglichkeiten, die Komplexität moderner Städte zu bewältigen.

In Hamburg werden Digitale Zwillinge beispielsweise genutzt, um Verkehrsflüsse zu simulieren. KI hilft dabei, große Mengen an Echtzeitdaten zu analysieren, um Verkehrsprognosen zu erstellen und alternative Mobilitätsstrategien zu visualisieren.

Urbane Digitale Zwillinge erlauben es, die Stadt von morgen heute schon virtuell zu gestalten, verschiedene Perspektiven der Stadtgesellschaft einzubeziehen und genaue Prognosen zu treffen.

Ein Erfolgsfaktor bei der Digitalisierung der Stadtentwicklung bleibt der Wissenstransfer, wie das Projekt Connected Urban Twins beweist. Nur durch den offenen Austausch zwischen Städten, Verwaltungen und der Wissenschaft können Urbane Digitale Zwillinge langfristig als Werkzeug der integrierten Stadtentwicklung etabliert werden. So entsteht ein städtisches Ökosystem, das nicht nur technologisch, sondern auch sozial und ökologisch zukunftsfähig ist. ■



Foto: Landeshauptstadt München

Im München lassen sich zukünftige Quartiere heute schon virtuell erleben

Infos

Projekt „Connected Urban Twins“:

🔗 <https://www.connectedurbantwins.de/>

Modellprojekte Smart Cities:

🔗 <https://www.smart-city-dialog.de/programme-und-projekte/modellprojekte-smart-cities>

CUT-Akademie:

🔗 <https://www.connectedurbantwins.de/wissenstransfer/cut-akademie/>

DIN SPEC 91607: Digitaler Zwilling für Städte und Kommunen:

🔗 <https://www.dinmedia.de/de/technische-regel/din-spec-91607/384414386>

Hamburg: 3DProjektplaner:

🔗 <https://www.connectedurbantwins.de/praxisbeispiele/3dprojektplaner-stadtentwicklung-mit-perspektive>

Leipzig: digitales Tool zur Kitanetzplanung:

🔗 https://www.connectedurbantwins.de/app/uploads/2024/08/2024_08_29-Digitaler-Zwilling-und-Kitanetzplanung.pdf

München: Lösungen zur Entwicklung integrierter Quartierskonzepte:

🔗 <https://www.connectedurbantwins.de/praxisbeispiele/muenchen-klimaneutral-2035-loesungen-zur-entwicklung-integrierter-quartierskonzepte/>

Anwendungszentrum URBAN.KI in Gelsenkirchen:

Deutsche KI-Initiative für Kommunen

In Kommunen gibt es viele Möglichkeiten, um Künstliche Intelligenz (KI) einzusetzen. Welche Lösungen besonders erfolgversprechend sind, wird in Gelsenkirchen innerhalb von URBAN.KI – Der Deutschen KI-Initiative für Kommunen untersucht. Zudem werden dort für Kommunen relevante KI-Anwendungen entwickelt und pilotiert.

Im Rahmen der Innovationsinitiative von [URBAN.KI – Der Deutschen KI-Initiative für Kommunen](https://urban-ki.de/) entstehen wegweisende kommunale Projekte mit dem Ziel, durch den Einsatz von KI Lösungen für urbane Herausforderungen zu entwickeln. Kommunen können ihre Anwendungsfälle einbringen, ihre fachliche Expertise in die Projekte einfließen lassen und dabei helfen, die KI-Anwendungen durch ihr Feedback zu verbessern.

Durch den Einsatz von KI sollen die Effizienz kommunaler Prozesse gesteigert und Kosteneinsparungen ermöglicht werden, sagte Prof. Dr. Tobias Urban, Programmkoordinator von URBAN.KI.

Über 130 Kommunen hatten ihr Interesse an einem Pilotprojekt bekundet und in 13 Workshops ihre Ideen weiterentwickelt. Am Schluss wurden 60 Anwendungsfälle eingereicht, von denen am 22. November 2024 bis zu zehn Fälle vorgestellt und anschließend pilotiert werden sollen. Die KI-Initiative, an der neben der Westfälischen Hochschule auch die Fraunhofer-Institute IAIS und FOKUS, das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) sowie das Unternehmen PROSOZ aus Herten beteiligt sind, übernimmt dabei die technische Entwicklung. In kurzer Zeit sollen Prototypen entstehen, die in den Kommunen erprobt werden und so den Mehrwert von KI direkt erlebbar machen.

Doch auch mit den Kommunen, die hier nicht berücksichtigt werden können, will die Initiative in Zukunft kooperieren. Prof. Dr. Tobias Urban: Wir planen, eine Austauschplattform zur Anwendung von KI in



Foto: Gerd Altmann / Pixabay

Mithilfe der Initiative URBAN.KI sollen Kommunen das Potenzial von KI stärker nutzen können

Kommunen zu gründen und Workshops zu einer Vielfalt an Themen anzubieten, etwa zum Datenmanagement oder zu rechtlichen Aspekten der Cloud-Nutzung.

Zu den Innovationsbereichen des URBAN.KI gehören Stadtplanung und Governance, Mobilität und Transport, öffentliche Infrastruktur, Gebäude und öffentliche Sicherheit. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Wissenstransfer, um einen effizienten Aufbau von Know-how und den Technologietransfer für KI-gestützte kommunale Lösungen zu gewährleisten.

Initiiert hat die Stadt Gelsenkirchen das Projekt URBAN.KI. Es gehört zum Modellprojekt [„Gelsenkirchen: die Vernetzte Stadt“](https://www.gelsenkirchen.de/vernetztestadt), läuft bis 2025 und verfügt über ein Budget von rund fünf Millionen Euro, das zu 90 Prozent im Rahmen der Modellprojekte Smart Cities vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) gefördert wird. ■

Infos

URBAN.KI – Die Deutsche KI-Initiative für Kommunen:
<https://urban-ki.de/>

Gelsenkirchen – die Vernetzte Stadt:
<http://www.gelsenkirchen.de/vernetztestadt>

Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen:

Das Weimarer Dreieck – heute wichtiger denn je

Vor über drei Jahrzehnten, am 28. August 1991, wurde das trilaterale Weimarer Dreieck gegründet. Es bietet Deutschland, Frankreich und Polen ein wichtiges Forum, um sich über grenzüberschreitende, europapolitische sowie internationale Angelegenheiten abzustimmen. Neben den Regierungen arbeiten im Weimarer Dreieck auch die Parlamente und die Zivilgesellschaft eng zusammen. Und bei der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen spielen auch die Kommunalverwaltungen eine wichtige Rolle.

Ein Beitrag von
Anaïs Dufros



FOTO: AFP - SARAH MEYSSONNIER

Außenministerin Annalena Baerbock traf sich mit dem französischen Außenminister Stéphane Séjourné und dem polnischen Außenminister Radosław Sikorski am 12. Februar 2024 zu einem Gespräch in La Celle-Saint-Cloud in Frankreich

Vor 33 Jahren, am 28. und 29. August 1991, trafen sich in Weimar die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens – Hans-Dietrich Genscher, Roland Dumas und Krzysztof Skubiszewski –, um das zu bilden, was seitdem als **Weimarer Dreieck** bezeichnet wird. In einer Zeit großer Veränderungen, als die Grenzen fielen und Europa sich wieder öffnete, entstand dieses Konsultationsforum zwischen den drei Staaten mit dem Ziel, gemeinsame Interessen für die Zukunft Europas zu identifizieren und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auszubauen.

In einer zehn Punkte umfassenden Erklärung bekräftigten die Minister damals die entscheidende Verantwortung der drei Länder für den Prozess der europäischen Integration. Seitdem waren der Beitritt Polens zur NATO (1999) und zur Europäischen Union (2004) historische Meilensteine.

Auch wenn diese Zusammenarbeit Höhen und Tiefen erlebt hat, sind die politischen Beziehungen und insbesondere die bilateralen Beziehungen historisch stark. So festigte sich das deutsch-französische Paar nach dem Élysée-Vertrag von 1963, der die Treffen

Zur Autorin:

Anaïs Dufros ist Praktikantin beim Europabüro des deutschen Städte- und Gemeindebundes.

zwischen den Ministern der beiden Länder institutionalisierte.

Frankreich und Polen pflegen ihrerseits seit langem freundschaftliche Beziehungen. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR war die Vertiefung der bilateralen Beziehungen eine Priorität. Diese Nähe wurde 2020 mit der französisch-polnischen Erklärung über die Zusammenarbeit in europäischen Angelegenheiten, die insbesondere die Cybersicherheit und die industrielle Zusammenarbeit hervorhebt, weiter vertieft.

Deutschland und Polen ihrerseits gestalten ihre Beziehungen durch einen regen Wirtschafts- und Handelsaustausch sowie eine institutionalisierte grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Auf regionaler Ebene bringt die Oder-Partnerschaft seit 2006 im Rahmen eines informellen Netzwerks die deutschen Bundesländer und polnischen Städte zusammen.

Die Zivilgesellschaft als treibende Kraft

Das Weimarer Dreieck findet auch in der Zivilgesellschaft besondere Resonanz. In den letzten Jahrzehnten ist es dem „Trio“ gelungen, die Bürger in großer Vielfalt in zahlreichen Projekten zusammenzubringen; auf kommunaler und regionaler Ebene. Die schrittweise Wiederbelebung des Trilateralismus seit 2007 war eine Gelegenheit, über diese Dreierbeziehung neu nachzudenken.

So versteht sich die vom „Komitee des Weimarer Dreiecks“ vorgeschlagene Agenda 2021 als Fahrplan für die Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Komponente der trilateralen Zusammenarbeit. Eine Reihe von Maßnahmen, die sowohl den sozialen als auch den politischen Bereich betreffen und die eine (zumindest teilweise) Institutionalisierung der trilateralen Beziehungen fördern, sollen angestrebt werden.

Dazu gehören Maßnahmen, die beispielsweise die Integration der verschiedenen Absichtserklärungen der Ministertreffen und Gipfeltreffen in Weimar in eine gemeinsame Agenda für die trilaterale Zusammenarbeit unterstützen. Darüber hinaus ist angedacht, einen durch öffentliche und private Partner finanzierten „Fonds Weimarer Dreieck“ auf die Beine zu stellen, um damit das Gesamtprojekt auf eine nachhaltige Grundlage zu stellen. Schließlich wird es als sinnvoll erachtet, die Zusammenarbeit im Rahmen des Weimarer Dreiecks auf breiterer Basis wiederzubeleben und ihr eine stärker sektorale Ausrichtung zu geben.

Politische Herausforderungen und Perspektiven für die Zusammenarbeit

Dennoch scheint es notwendig, sich mit der politischen Seite der aktuellen europäischen Herausforderungen auseinanderzusetzen, in deren Rahmen sich das Dreieck weiterentwickeln und den Aufbau einer Form der „Gewohnheit der politischen Beratung zu dritt“ fortsetzen könnte. Die Situation ist günstig. Die deutsch-französisch-polnischen Beziehungen sind zum ersten Mal seit Jahren entspannt – eine Gelegenheit, die dringend genutzt werden sollte, da eine zukünftige Instabilität der politischen Landschaft Europas nicht auszuschließen ist.



Foto: Bundesregierung / Kugler

Die Regierungschefs der Staaten des Weimarer Dreiecks: Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron, Polens Ministerpräsident Donald Tusk und Bundeskanzler Olaf Scholz

Die frühere polnische Regierung Recht und Gerechtigkeit (PiS - Prawo i Sprawiedliwość), die eine konservative und euroskeptische Ideologie vertritt, forderte radikalere Maßnahmen, von denen einige mit den Pflichten, die sich aus der europäischen Rolle Polens ergeben, in Konflikt geraten. Dies hat die Kooperationsbereitschaft innerhalb des Weimarer Dreiecks beeinträchtigt.

Sicherheitspolitische Komponente

Die am 24. Februar 2022 begonnene Invasion der Ukraine durch Russland war dabei ein Art „Elektroschock“. Sie markierte einen Bruch in den politischen und militärischen Strategien der Mitgliedstaaten, die sich der Fragilität eines dauerhaften Friedens in Europa bewusst wurden und die Bereitschaft erhöhte, ihre Verteidigungsinstrumente auszubauen. Die Länder des Weimarer Dreiecks gehören hier zu denjenigen, die bei diesem strategischen Umbruch an vorderster Front stehen.

An dieser Stelle kommt die **Weimar-Agenda für eine starke und geopolitische**

Europäische Union (Weimar, 22. Mai 2024), die gemeinsam von den Außenministern Frankreichs, Deutschlands und Polens verkündet wurde, ins Spiel. Mit dieser Agenda soll die Bedeutung leistungsfähigerer europäischer Verteidigungsfähigkeiten bekräftigt werden, die einen positiven Beitrag zur transatlantischen und globalen Sicherheit leisten und die Fähigkeiten der NATO ergänzen und mit ihnen interoperabel sein sollen.

Wirtschaftspolitische Aspekte

Darüber hinaus kann die EU in diesem neuen Zeitalter der industriellen Geopolitik nur wettbewerbsfähig bleiben, wenn sie sich auf ihren Binnenmarkt stützt. Eine strategische Politik und Investitionen in nachhaltige Technologien sind für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit der Union von entscheidender Bedeutung. Diese könnte dann auf Frankreichs Engagement für eine grüne Reindustrialisierung, Deutschlands Dominanz in der Wirtschafts- und Klimapolitik und Tusks Fähigkeiten, die EU-Politik zu steuern, beruhen. Auch wenn die Zusammenarbeit zwischen Polen, Frankreich und Deutschland nicht immer reibungslos funktioniert, bietet sie einen nicht zu unterschätzenden Hoffnungsschimmer für die Industriepolitik der EU inmitten des Gegenwinds von 2024.

Klima- und Energiepolitik

Im Wettlauf mit der Zeit bei der Entkarbonisierung muss die Europäische Union handeln und sich schnell für den ökologischen Übergang einsetzen. Es geht nicht nur darum, im globalen Wettbewerb um grüne Technologien die Führung zu übernehmen, sondern auch darum, die Zukunft der europäischen Wirtschaft zu sichern und gleichzeitig den Klimawandel zu bekämpfen.

Mit einer neuen EU-freundlichen polnischen Regierung könnte das Weimarer Dreieck der ideale Ort sein, um der Industriepolitik in Europa neue Impulse zu verleihen. Da Energie seit dem Vertrag von Lissabon von 2009 zu den zwischen der EU und den Mitgliedstaaten geteilten Zuständigkeiten gehört, können die Staaten ihren Energiemix frei wählen. Es erscheint daher angebracht, auf den Vorteil der Energievielfalt des Weimarer Dreiecks hinzuweisen (siehe Kasten „Zur Energievielfalt“).

Darüber hinaus erweist sich die Sicherung der Energieversorgung als ein weiterer grundlegender Pfeiler der europäischen Energiepolitik, insbesondere nach dem Ein-

marsch Russlands in die Ukraine. Das Weimarer Dreieck muss eine strategische Rolle bei den Verhandlungen mit den Lieferländern spielen und sollte in der Lage sein, Brüssel zur Einführung gemeinsamer Instrumente wie Gaskäufe, Rahmenverträge oder Investitionskonsortien zu ermutigen.

Welche Perspektive bietet das Weimarer Dreieck?

In einer Zeit des politischen Lärms, in der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt werden und Misstrauen gegenüber öffentlichen Institutionen eine wachsende Tendenz ist, muss die Europäische Union politisch überzeugen. Die Kooperationsbeziehung des Weimarer Dreiecks könnte hierbei als Richtschnur dienen, indem sie eine gemeinsame Front bildet und eine politische Arbeit wiederbelebt, die im Zentrum der aktuellen Herausforderungen steht.

Die kommunale Seite übernimmt hier die Verantwortung für ihr Lager. Im letzten Jahrzehnt hat der Austausch zwischen den Zivilgesellschaften des Weimarer Dreiecks zunehmend an Bedeutung gewonnen. Diese Treffen leisten einen wesentlichen Beitrag zu einer noch engeren und grenzüberschreitenden Annäherung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern. Allerdings ist es nicht nur wichtig, sich kontinuierlich zu treffen, sondern auch die inhaltlichen Überlegungen immer wieder zu nuancieren, da auch zivilgesellschaftliche Aktivitäten immer den Unwägbarkeiten der politischen Zusammenarbeit unterliegen. Dazu bedarf es eines allgemeinen politischen Rahmens, und die Kommunalverwaltungen sind bereit, diesen auszufüllen. ■

Infos

Weimarer Dreieck:

📄 <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/zusammenarbeit-staaten/weimarer-dreieck-node>

Weimarer Agenda für eine starke, geopolitische EU (Weimar, 22. Mai 2024):

📄 <https://www.diplomatie.gouv.fr/de/landerinformationen/bilaterale-beziehungen-zu-deutschland/das-weimarer-dreieck-64325/article/weimarer-agenda-fur-eine-starke-geopolitische-eu-weimar-22-05-24>

Zur Energievielfalt

Mit dem größten Kohlekraftwerk Europas, Belchatow, hat Polen einen Strommix, der auf fossilen Energieträgern, insbesondere Kohle, beruht. Frankreich, das seit 2004 keine Kohle mehr fördert, erzeugt seinen Strom hauptsächlich aus Kernenergie. Deutschland hat die Kernenergie aufgegeben und setzt auf erneuerbare Energien, erzeugt jedoch auch weiterhin Strom aus fossilen Brennstoffen. Eine deutsch-französisch-polnische Union könnte daher die Entstehung eines diversifizierten und kooperativen europäischen Energiemixes fördern.

Diese Vielfalt an Profilen könnte als Beispiel für die Vielzahl der europäischen Fälle dienen, in denen die Energiewende stattfindet. Ein trilaterales Engagement für die Energiewende würde es einfacher machen, einen Aktionsplan zu erstellen, der die unterschiedlichen Bedürfnisse der Mitgliedsstaaten berücksichtigt. Das Ganze würde einen Übergang von fossilen Brennstoffen zu etwas Nachhaltigem einleiten.

Interkommunale Zusammenarbeit in der EU:

Mit Netzwerken die Klimakrise lokal deeskalieren

Das Jahr 2023 war das wärmste Jahr seit dem Beginn der Wetteraufzeichnung 1881. Die Klimakrise eskaliert schleichend und ruft Netzwerkakteure auf den Plan, die ambitionierte Klimaziele mit ortsbezogenem Pragmatismus verbinden. Was prägt diesen vielversprechenden Akteurstyp innerhalb der EU-Klimapolitik? In welche internationalen Entwicklungen fügen sich die europäisch-kommunalen Klimanetzwerke ein und worin liegen ihre Potenziale.

Ein Beitrag von
Vincent Sipeer

Das im Juli 2021 von der Europäischen Kommission beschlossene EU-Klimagesetz verpflichtet die EU-Mitgliedsstaaten zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2050. Bereits 2030 sollen die Netto-Treibhausgasemissionen um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 gesunken sein. Nach 2050 strebt die EU einen Netto-Abbau von Treibhausgasen, das heißt negative Emissionen, an. Die 10.799 Kommunen in Deutschland sind bereits heute rechtlich (allgemein) zum Schutz unseres Klimas verpflichtet.

Mit der Pflicht zum Klimaschutz aus der Verfassung besteht für Kommunen ein positiver Handlungsauftrag, im Rahmen der Planungs- und Entscheidungshoheiten Treibhausgase bis zur Klimaneutralität zu vermindern. Als emissionsintensive Großverbraucher und ebenso unterschätzte wie prädestinierte Gestaltungsakteure kommt den Kommunen die Verantwortung zu, ihre transformative Kraft zu mobilisieren, die lokale Daseinsvorsorge neu auszurichten. Die Verkehrswende, die Versorgung mit Energie und Wärme, die Planung der Flächennutzung und die Entwicklung der Quartiere sowie natürlich gewachsener und naturnah angelegter Grün- und Wasserflächen sind nur einige Aktionsfelder.

Kommunale Klimanetzwerke

Europäisch-städtische Klimanetzwerke sind durch freiwillige Mitgliedschaft und



Foto: Linda De Volder, CC BY-NC-ND 2.0, via Flickr

Streetart „The future is Europe“ des Belgischen Künstlers Novadead im Europaviertel in Brüssel

selbstverwaltete Organisation geprägte Plattformen. Die Mitglieder sind eigenständig und gleichgeordnet, ohne dass ein Entscheidungszentrum dominiert. Die Klimanetzwerke regen die Zusammenarbeit von Expertinnen und Experten sowie Praktikerinnen und Praktikern des Klimaschutzes, der Klimaanpassung und Klimarisikoprüfung an. Sie halten mit dem Wandel des europäischen Regierens Schritt, agieren über Staats- und Sprachgrenzen hinweg und sie passen sich an polymorphe Verwaltungssysteme an.

Gegründet im Jahr 1986, vereint das Netzwerk **EUROCITIES** nach eigenen Angaben knapp 200 europäische Städte, in denen etwa 150 Millionen Bürgerinnen und Bürger in 39 Staaten leben. Bei **ICLEI**, dem 1990

Zum Autor:

Vincent Sipeer ist Student im Masterprogramm National and International Administration and Policy der Universität Potsdam.

gegründeten International Council for Local Environmental Initiatives, sind mehr als 180 europäische Kommunen und Kommunalverbände aus 35 Ländern Mitglied. Der 2008 gegründete **Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie** umfasst über 10.000 Kommunen in Europa.

Global-lokale Wissenskreisläufe

Transnationale Klimanetzwerke sind ein Akteurstyp im Aufstieg. Lange Zeit, bevor 194 Staaten und die EU im Jahr 2016 das Pariser Klimaabkommen ratifizierten oder ihm beitraten, waren Regionen, Provinzen, Kreise, Städte und Gemeinden bereits in länderübergreifenden Klimanetzwerken aktiv. Seit den 1990er-Jahren entwickelt sich, wo einst weitgehend die nationalen Regierungen die klimadiplomatischen Arenen dominierten, eine komplexe Klimagovernance heraus, die alle politisch-administrativen Ebenen einbezieht. Angetrieben wird diese Dynamik durch die globale wirtschaftliche Integration, die Konsolidierung supranationaler Institutionen sowie dem Aufschwung von Nichtregierungsorganisationen und subnationalen Organisationen in der Klimadiplomatie.

Die Bedarfe der Netzwerkmitglieder, etwa die Steigerung des Wissensaustausches, das Streben nach Einfluss und der Bedarf an Ressourcen, sind für europäisch-städtische Klimanetzwerke nicht gleichermaßen relevant. Als Plattformen für koordinierten Austausch ermöglichen sie Lernprozesse. In geringerem Maße betreiben sie Lobbyarbeit. Nachrangig agieren sie auch als Berater für die Förderakquise. Die Klimanetzwerke produzieren, bündeln und verbreiten fundiertes Know-how über gute Klimaschutzpraxis und begünstigen experimentelle Innovationen. Diese Expertise teilen die Netzwerke in global-lokalen Wissenskreisläufen. Dadurch lernen die Kommunen je nach Ausgangs- und Bedarfslage die Transformation vorausschauender zu steuern, ihre Strategien fachlich besser zu operationalisieren sowie die Methodiken zu verfeinern.

Positiver Trend und Hebelwirkung

Die hohe Dynamik hinsichtlich kommunaler Selbstverpflichtungen, das Engagement europäisch-kommunaler Netzwerke und der Zuspruch zu Instrumenten wie der EU-Mission von 100 klimaneutralen und smarten Städten deuten auf einen positiven Trend hin.



Foto: Stadt Leipzig

Die Potenziale von europäisch-kommunalen Klimanetzwerken liegen in den Instrumenten, die technische und planungskulturelle Barrieren überwinden und die Wirtschaft stimulieren. Interkommunaler Austausch begünstigt die Skalierung innovativer, experimenteller und partizipativer Lösungen.

Die Inklusivität der Netzwerke gegenüber jenen Kommunen, deren Bemühungen noch zurückliegen, den Klein- und Mittelstädten und den Kreisen in strukturschwachen Räumen ist ausbaubar. Unter dem Dach übergeordneter Strategien gehören das auf Indikatoren gestützte Klimamonitoring, das Controlling der Maßnahmen sowie die Klimaberichterstattung und -prüfung zu den häufig unterentwickelten Elementen. Zudem ist die Hebelwirkung der Klimafinanzierung, der Förderakquise und öffentlich-privater Partnerschaften deutlich zu steigern. Nur wenn mehr Kommunen die Potenziale europäischer Klimanetzwerke ausschöpfen, wird der kommunale Beitrag zur Deeskalation der globalen Klimakrise tatsächlich Wirkung zeigen. ■

Beispiel Leipzig

Die Stadt Leipzig ist eine klimagerechte, perspektivisch auch klimaneutrale und klimaresiliente, Stadt. Unter dem Motto „Globales Denken, lokal verantwortliches Handeln“ bekennt sich die sächsische Stadt mit 620.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zur UN-Agenda 2030 mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen. Seit 1992 ist Leipzig Mitglied beim Europäischen Städtenetzwerk EUROCITIES und engagiert sich unter anderem für die Umsetzung des Europäischen Grünen Deals. Zurzeit ist Oberbürgermeister Burkhard Jung Präsident von EUROCITIES. Leipzig ist in den Gremien des Sächsischen Städte- und Gemeindetags und des Deutschen Städtetags aktiv.

Die Stadt Leipzig engagiert sich auf lokaler Ebene stark für die Umsetzung des Europäischen Grünen Deals

Infos

EUROCITIES: Mayors Alliance for the European Green Deal:

☞ <https://eurocities.eu/projects/mayors-alliance-for-the-european-green-deal/>

ICLEI – Local Governments for Sustainability:

☞ <https://iclei-europe.org>

Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie:

☞ <https://eu-mayors.ec.europa.eu/en/home>

Hinweis

Der Beitrag basiert auf der Abschlussarbeit „Städte und europäisch-städtische Klimanetzwerke im Mehrebenensystem der Europäischen Union – Neue Formen transnationaler Kollaboration“ von Vincent Sipeer, B.A. Staatswissenschaftler, Universität Erfurt.

EU Organic Awards 2024 der Europäischen Kommission:

Bremen ist beste Bio-Stadt Europas

Am 23. September 2024, dem EU-Bio-Tag, wurden in Brüssel von der Europäischen Kommission die EU Organic Awards 2024 verliehen. Mit den EU-Bio-Preisen, die 7 Kategorien und 8 Einzelpreise umfassen, werden herausragende Leistungen in der ökologischen Wertschöpfungskette gewürdigt. Bremen wurde als beste Bio-Stadt ausgezeichnet und der deutsche Gemüsebauer Benny Schöpf erhielt den Preis als bester Bio-Bauer.

Ein Beitrag von
Karl-Heinz Kottenhahn

Die Verleihung der diesjährigen EU-Bio-Preise (🔗 [EU Organic Awards 2024](#)) fand am 23. September 2024 in Brüssel im Rahmen einer Reihe von Aktivitäten und Veranstaltungen anlässlich des EU-Bio-Tages statt. Mit den EU-Bio-Preisen zeichnet die Europäische Kommission Menschen, Organisationen und Unternehmen aus, die kreative, innovative und dauerhafte Projekte im Bereich des ökologischen Landbaus und ökologischer Lebensmittel ins Leben gerufen haben.

Es wurden acht Preise in sieben Kategorien an verschiedene EU-Akteure vergeben – darunter Landwirtinnen und Landwirte, Einzelhändler sowie Lebensmittelverarbeiter –, die entlang der ökologischen Wertschöpfungskette herausragende Leistungen erbracht haben. Die [Preisträgerinnen und Preisträger](#) stellten in Brüssel ihr Projekt einer breiteren Öffentlichkeit anhand von Beispielen bewährter Verfahren vor und nahmen vor Ort die Auszeichnung entgegen. Zu den diesjährigen Gewinnern gehören Bremen als beste Bio-Stadt Europas und der Gemüsebauer Benny Schöpf als bester Bio-Bauer.

Beste Bio-Stadt Europas: Hansestadt Bremen

Die Europäische Kommission zeichnet in der Kategorie „Beste Bio-Stadt“ Kommunen aus, die die ökologische Landwirtschaft in besonderer Weise fördern. In diesem Jahr ging der Preis an die Hansestadt [Bremen](#),



Foto: European Union, 2024 / Christophe Licoppe

die bereits seit 2014 Mitglied im deutschen Netzwerk der BioStädte und sich seit 2015 Bio-Stadt nennen darf.

In ihrer Begründung erklärte die Kommission, dass Bremen nachhaltige Lebensmittelsysteme durch gemeinnützige Projekte und innovative landwirtschaftliche Initiativen fördere. Zudem arbeite die Stadt daran, die gesamte städtische Verpflegung in Schulen, Kindertagesstätten und Krankenhäusern auf 100 Prozent Bio-Qualität umzustellen. Dies soll bis 2025 gewährleistet sein. Die Bremer Umweltsenatorin Kathrin Moosdorf, die die Auszeichnung für die Hansestadt entgegennahm, erklärte: „Gesunde Ernährung von Kindesbeinen an ist wichtig, ebenso, dass unsere Nahrungsmittel umwelt- und klimaverträglich produziert werden.“

Die Bremer Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft, Kathrin Moosdorf (Mitte), nahm den Preis für die beste Bio-Stadt Europas von Kirstine Helene Bille vom Europäischen Ausschuss der Regionen und Janusz Wojciechowski, EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, entgegen

Zum Autor:

Karl-Heinz Kottenhahn ist freier Redakteur der Zeitschrift „Europa kommunal“.

Die Auszeichnung würdige die Anstrengungen der vielen Bremerinnen und Bremer, die Bremen vor fast 10 Jahren zur BioStadt gemacht haben und die sich seither für ein nachhaltiges Ernährungssystem in der Region einsetzen. Dies betreffe ausdrücklich alle Menschen, die in Küchen, auf Feldern, an ihren Arbeitsplätzen und in ihrem Privatleben unermüdlich für eine nachhaltige Veränderung arbeiten.

Bester Bio-Bauer Europas: Benny Schöpf

Der EU Organic Award in der Kategorie „Bester Bio-Bauer“ ging an den deutschen Gemüsebauer Benny Schöpf aus Ickelheim. Schöpf ist Koordinator für den Anbau des größten genossenschaftlich organisierten Landwirtschaftsbetriebes in Deutschland, dem **Kartoffelkombinat**. Der Sitz der Genossenschaft liegt zwischen Augsburg und München in Bayern. Zu den Aufgaben Schöpfs und seines Teams gehört die wöchentliche Versorgung von 2.300 Haushalten mit Bio-Gemüse. Das Kartoffelkombinat setzt seinen Schwerpunkt sowohl auf faire Arbeitsbedingungen als auch auf nachhaltige Verfahren. Zudem fördert es ein alternatives landwirtschaftliches Wirtschaftssystem.

Weitere Preisträgerinnen und Preisträger

Als beste Bio-Bäuerin wurde Reinhild Frech-Emmelmann von der Reinsaat GmbH aus St. Leonhard am Hornerwald in Niederösterreich ausgezeichnet, deren Betrieb auf biologisches, gentechnikfreies Saatgut mit über 800 samenfesten Sorten spezialisiert ist. Beste Bio-Region wurde Südsavo in Finnland, wo es inzwischen 200 Biobäuerinnen und -bauern gibt und die lokalen Organisationen eine große Rolle bei der Förderung ökologischer Anbaumethoden spielen. Der beste Bio-Bezirk wurde der Distrikt Sörmland in Schweden, in dem 20 Prozent der Anbauflächen ökologisch bewirtschaftet und landwirtschaftliche Betriebe, Lebensmittelverarbeitung, Restaurants und mehr zusammenbringt.

Den Preis als bestes Bio-Lebensmittelverarbeitendes kleines und mittleres Unternehmen bekam die Gino Girolomoni Cooperativa Agricola aus Italien, die auf die Herstellung von Bio-Teigwaren spezialisiert ist. Die Auszeichnung als bester Bio-Lebensmitteleinzelhändler erhielt SAIFRESC aus Spanien, der auf 30 Hektar Anbaufläche

70 ökologische Produkte produziert und größtenteils vor Ort verkauft. Bestes Bio-Restaurant/Gastronomie wurde die Restaurantkette Kalf & Hansen aus Schweden, die Cateringservices und Bio-Mahlzeiten in den Zügen der schwedischen Eisenbahngesellschaft anbietet.



Foto: European Union, 2024 / Christophe Licoppe

Der Gemüsebauer Benny Schöpf (2. von links) ist Gewinner des Preises für den besten Bio-Bauern

Hintergrund

Der EU-Bio-Tag wurde 2021 vom Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission ins Leben gerufen, um europaweit die Bedeutung des ökologischen Landbaus für Umwelt, Klima, Artenschutz und Tierwohl in den Fokus zu rücken.

Die EU-Bio-Preise werden gemeinsam von der Europäischen Kommission, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, dem Europäischen Ausschuss der Regionen, COPA-COGECA (Zusammenschluss der beiden großen landwirtschaftlichen Dachorganisationen) und IFOAM Organics Europe (Internationale Vereinigung der ökologischen Landbaubewegungen) organisiert. In der Jury sind auch das Europäische Parlament und der Rat vertreten. ■

Infos

EU Organic Awards 2024:

🔗 https://agriculture.ec.europa.eu/events/eu-organic-awards-2024-2024-09-23_en

Preisträgerinnen und Preisträger:

🔗 https://agriculture.ec.europa.eu/farming/organic-farming/organic-action-plan/eu-organic-awards_en?prefLang=demeet-the-winners

BioStadt Bremen:

🔗 <https://www.biostadt.bremen.de/>

Kartoffelkombinat:

🔗 <https://www.kartoffelkombinat.de/>

European Heritage Awards / Europa Nostra Awards 2024:

Zwei deutsche Projekte unter den Preisträgern

Die diesjährigen Europäischen Kulturerbepreise 2024 wurden am 7. Oktober 2024 im Rahmen des Bukarester Gipfels in Rumänien verliehen. Neben der Vorstellung der 26 Preisträger wurden auf der Veranstaltung auch die Grand Prix und der Public Choice Award vergeben. Zu den Preisträgern mit deutscher Beteiligung gehören das Denkmalschutzprojekt Haus Schulenburg aus Gera und das Projekt „NewsEye“, ein digitaler Ermittler für historische Zeitungen.

Ein Beitrag von
Karl-Heinz Kottenhahn

Am 7. Oktober 2024 wurden im kultigen Rumänischen Athenäum in Bukarest die Preisträger der **European Heritage Awards / Europa Nostra Awards 2024** gefeiert. Die Preisverleihung der höchsten Auszeichnung für Kulturerbe in Europa fand im Rahmen des Europäischen Kulturerbe-Gipfels 2024 statt, der vom 6. bis 8. Oktober in Bukarest abgehalten wurde. Der Bukarester Gipfel wurde von Europa Nostra organisiert und vom Programm „Kreatives Europa“ der Europäischen Union kofinanziert.

An der Zeremonie zur diesjährige Verleihung der Europäischen Kulturerbepreise nahmen rund 800 Fachleute, Freiwillige, Enthusiasten und Unterstützende des Kulturerbes aus ganz Europa teil. Die Veranstaltung wurde gemeinsam von Iliana Ivanova, EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, und Prof. Dr. Hermann Parzinger, Exekutivpräsident von Europa Nostra, ausgerichtet. Iliana Ivanova: „Die European Heritage Awards / Europa Nostra Awards unterstreichen die entscheidende Rolle vorbildlicher Projekte und von Einzelpersonen, die sich für die Bewahrung und Förderung unseres reichen Erbes einsetzen.“

Die Auszeichnungen

Die prestigeträchtige Auszeichnung für Europas Kulturerbe ging an 26 Projekte aus 18 Ländern (siehe Kasten). Die Projekte wurden von einer unabhängigen Preisjury,



Foto: Volker Kieselstein, Via Flickr

bestehend aus 12 Denkmalexpertinnen und -experten aus ganz Europa ausgewählt. Zu den Preisträgern gehören auch zwei aus Deutschland stammende Projekte: das Denkmalschutzprojekt Haus Schulenburg aus Gera und das in Deutschland mitentwickelte Projekt „NewsEye“, ein digitaler Ermittler für historische Zeitungen.

Während der Preisverleihung wurden auch die fünf Grand Prix-Gewinnerprojekte und das Siegerprojekt vom „Public Choice Award“ 2024 bekannt gegeben (siehe Kasten). Die Grand-Prix-Gewinner wurden vom Europa Nostra-Vorstand auf Empfehlung der Jury unter den 26 Preisträgern ausgewählt. Der große Gewinner der Awards war das rumänische Projekt zur Sanierung der sächsischen

Das Haus Schulenburg in Gera wurde in der Kategorie „Konservierung und angepasste Umnutzung“ ausgezeichnet

Zum Autor:

Karl-Heinz Kottenhahn ist freier Redakteur der Zeitschrift „Europa kommunal“.

Kirche in Alma Vii, das sowohl mit einem Grand Prix als auch dem Public Choice Award ausgezeichnet wurde.

Die deutschen Preisträger

Das Denkmalschutzprojekt **Haus Schulenburg** aus Gera gehört zu den Preisträgern in der Kategorie „Erhaltung und angepasste Umnutzung“. Das Herrenhaus wurde 1914 von dem bekannten Architekten und Designer Henry van de Velde erbaut. Laut Jury erhielt das private Restaurierungsprojekt die Auszeichnung, weil es ein leuchtendes Beispiel für die Erhaltung der Architektur des 20. Jahrhunderts sei. Es sei ehrgeizig und umfassend gewesen, hätte sorgfältig die Materialien berücksichtigt und die Kohärenz mit der Ästhetik des Gebäudes, von Innenräumen über Möbel bis hin zum Garten, bewahrt.

Das innovative Projekt **„NewsEye“** aus Österreich, Finnland, Frankreich und Deutschland wurde in der Kategorie „Forschung“ ausgezeichnet. NewsEye ist ein digitaler Ermittler für historische Zeitungen und verbessert den Zugang zur frühen europäischen Presse (1850 bis 1950). Unter Verwendung von 15 Millionen Zeitungsseiten, die von Nationalbibliotheken digitalisiert wurden, entwickelte das Projekt auf Grundlage Künstlicher Intelligenz automatische Tools zur Zeichenerkennung, zur Analyse der Zeitungsstruktur und zur mehrsprachigen Inhaltsverarbeitung.



Foto: La Rochelle Universität, 2024, Via Flickr

Das Projekt „NewsEye“ verbessert mittels Künstlicher Intelligenz den Zugang zur frühen europäischen Presse von 1850 bis 1950

Hintergrund

Die European Heritage Awards / Europa Nostra Awards wurden 2002 von der Europäischen Kommission ins Leben gerufen und werden seitdem von Europa Nostra verwaltet. Die Auszeichnungen honorieren herausragende Leistungen im Bereich des Kulturerbes und bewährte Verfahren in Europa, fördern den grenzüberschreitenden Wissensaustausch und vernetzen Interessenvertretungen des Kulturerbes in größeren Netzwerken.

Das 1963 gegründete Europa Nostra ist die europäische Stimme der Zivilgesellschaft, die sich für den Schutz und die Förderung des Kultur- und Naturerbes einsetzt.

Das EU-Programm „Kreatives Europa“ unterstützt den Kultur- und Kreativsektor und ermöglicht es ihm, seinen Beitrag zur Gesellschaft, Wirtschaft und zum Lebensumfeld Europas zu steigern. ■

Infos

European Heritage Awards / Europa Nostra Awards:

☞ <https://www.europeanheritageawards.eu/>

Haus Schulenburg:

☞ <https://haus-schulenburg-gera.de/>

NewsEye:

☞ <https://www.newseye.eu/>

Preisträger der Kulturerbepreise 2024

Kategorie „Konservierung und angepasste Umnutzung“:

- Royale Belge-Gebäude, Brüssel, BELGIEN
- Van de Velde Haus Schulenburg, Gera, DEUTSCHLAND
- Historisches Bergwerk Ignacy, Rybnik, POLEN*
- Sächsische Kirche in Alma Vii, RUMÄNIEN**
- St.-Michaels-Kirche, Cluj-Napoca, RUMÄNIEN
- Schneeburgen, Sierra Espuña, SPANIEN

Kategorie „Forschung“:

- NewsEye: Ein digitaler Ermittler für historische Zeitungen, ÖSTERREICH/FINNLAND/FRANKREICH/DEUTSCHLAND

Kategorie „Bildung, Training und Fähigkeiten“:

- Teryan Cultural Center – Stärkung armenischer Flüchtlinge aus Berg-Karabach, Eriwan, ARMENIEN
- Boulouki – Wanderworkshop zum Thema traditionelles Bauen, GRIECHENLAND
- Traditionelles landwirtschaftliches Gebäudeprogramm, IRLAND*
- Serfenta Crafts Revitalisierungsmodell, Cieszyn, POLEN
- Weiße Tischlerschule, Narros del Castillo, SPANIEN

Kategorie „Bürgerengagement und Sensibilisierung“:

- Der Quadratkilometer, Gent, BELGIEN
- Die Stille, die das Denkmal niederriss, Kamenska, KROATIEN
- Erhaltung der Gemeindegalerie für lokale zivilgesellschaftliche Aktivitäten, FINNLAND
- Verein der befestigten Schlösser des Elsass, FRANKREICH
- Bürgersanierung des Tsiskarauli-Turms, Akhieli, GEORGIEN*
- Internationales Festival des klassischen Jugendtheaters, Syrakus, ITALIEN
- Stiftung zur Erhaltung des historischen Anwesens Ockenburgh, Den Haag, NIEDERLANDE

Kategorie „Heritage-Champions“:

- Gesellschaft der Freunde der Altortümer von Dubrovnik, KROATIEN*
- Else „Sprossa“ Rønnevig, Lillesand, NORWEGEN
- Piotr Gerber PhD, Breslau, POLEN

* Grand Prix-Preisträger

** Grand Prix-Preisträger und Public Choice Award-Preisträger

16. Bundeskonferenz für Kommunale Entwicklungspolitik:

Kommunale Entwicklungspolitik bleibt Daueraufgabe

„Neue Impulse für globales Handeln“ – so lautete das Motto der 16. Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik vom 8. bis 10. Oktober 2024 in Ingelheim am Rhein. Gut 350 (Ober-) Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft waren der Einladung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global und der entwicklungspolitisch vielseitig engagierten Stadt Ingelheim am Rhein als Co-Gastgeberin gefolgt. Sie präsentierten eindrucksvoll, dass es ihnen an Ideen und Motivation für ein globales Engagement nicht mangelt.

Ein Beitrag von
Julia Krakau



Foto: Marcus Gloger

Über 100 kommunale Vertreterinnen und Vertreter warben bei der Bundeskonferenz für entwicklungspolitisches Engagement

Globales Engagement – Kommunen unter Rechtfertigungsdruck

Angespannte Haushaltslagen und der Gegenwind durch polarisierende gesellschaftliche Debatten bringen Kommunen immer öfter unter Rechtfertigungsdruck. Die Fragen lauteten auf der kurz „Buko“ genannten **Konferenz** daher: Wie können Synergien entstehen und Kooperationen zwischen Kommunen untereinander und auch mit der Bundes- oder Landesebene eingegangen

werden? Wie kann entwicklungspolitisches Engagement nachhaltig in Verwaltungsstrukturen verankert werden? Und können globale Krisen vielleicht sogar Antreiber für die kommunale Partnerschaftsarbeit sein?

Antworten auf diese Fragen wurden auf der Buko in vielen Diskussionen und Workshops gesucht – und immer auch die wichtige globale Dimension des kommunalen Handelns thematisiert. Als Impulsgeberinnen hatte die SKEW die Autorin und Stifterin Dr. Auma Obama sowie die Leiterin des Zentrums

Zur Autorin:

Julia Krakau ist freie Redakteurin im Auftrag der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global.

für Klima und Außenpolitik der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Dr. Kira Vinke, zur Bundeskonferenz eingeladen. Während Dr. Auma Obama mit Nachdruck für die Neudefinition der Entwicklungszusammenarbeit zwischen Deutschland und dem afrikanischen Kontinent plädierte, machte Dr. Kira Vinke eindrücklich deutlich, dass wir die fortschreitende Klimakrise nicht länger ignorieren dürften. Die Wissenschaftlerin appellierte an die Politik, aber auch an die Kommunen, Maßnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen, um die globale Erderwärmung zumindest zu verlangsamen. In einem „Business as usual“-Szenario würden Extremwetterereignisse und in deren Folge Dürren und Überflutungen noch weitaus schlimmer ausfallen als derzeit schon der Fall ist. Schon jetzt kämen auch die Industrienationen bei ihrem Katastrophenmanagement an ihre Grenzen, so Vinke.

Auch das German Institute of Development and Sustainability (IDOS) hatte mit Dr. Mark Furness einen Impulsgeber zur Buko entsandt. Furness wies darauf hin, dass nicht nur viele parallele geopolitische Konflikte die internationale Zusammenarbeit erschwerten, sondern die Entwicklungszusammenarbeit darüber hinaus als eigenständiges Politikfeld unter Druck stehe. Angesichts von Klimakrise, Kriegen und aufstrebenden Autokratien müsse es im Interesse Deutschlands liegen, international zusammenzuarbeiten und sich nicht von der Welt abzukoppeln.

Themenforen boten Gelegenheit zu Austausch, Vernetzung und Weiterbildung

Der interaktive Teil des Konferenzprogramms aus Workshops und Podiumsdiskussionen widmete sich drei großen parallelen Themenforen:

1. Agenda 2030 und globale Verantwortung – Impulse für kommunales Handeln
2. Kommunale Partnerschaften – engagiert bleiben in Zeiten multipler Krisen
3. Breit aufgestellt zum Erfolg – Engagement nachhaltig verankern

Die Bandbreite der Angebote war groß und divers: von Einstiegsangeboten in die kommunale Entwicklungspolitik über die Mitsprachemöglichkeiten von Kommunen auf internationalem Parkett und SDG-Berichterstattungsformaten bis hin zu Argumentationshilfen und Kommunikationstipps. Auch die europäische Perspektive konnte in einem Workshop vertieft werden.

Kommunale Entwicklungspolitik in Europa

Wie arbeiten Kommunen auf europäischer Ebene zusammen, wie können Synergien genutzt werden und welche Fördermittel gibt es? Diese Themen wurden im Workshop „Kommunale Entwicklungspolitik in Europa“ diskutiert. Die Form der kommunalen Dreieckspartnerschaften wurden von Christian Luy von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) vorgestellt. Hier gehen zwei europäische Kommunen mit einer Kommune aus dem Globalen Süden eine Projektpartnerschaft ein. Luy betreut in einem Kooperationsprojekt der GIZ mit der SKEW den [Fachkräftefonds für kommunale Partnerschaften weltweit](#). Das Programm finanziert eine Personalstelle für einen Zeitraum von zwei bis vier Jahren und richtet sich an partnerschaftlich engagierte deutsche Kommunen. Explizit miteingeschlossen sind dabei auch Dreieckspartnerschaften.



Dr. Auma Obama plädierte in ihrem Impulsvortrag für eine Neuausrichtung der deutsch-afrikanischen Entwicklungszusammenarbeit

Seit einem Jahr etwa sind die Stadt Krefeld, die niederländische Stadt Venlo und Kropyvnytskyi in der Zentralukraine durch eine Partnerschaftvereinbarung miteinander verbunden. Was als länderübergreifendes Projekt der Nothilfe begonnen hat, soll nun durch den Fokus auf die Themen Lokale Wirtschaftsförderung und Stärkung der Kommunalverwaltung inhaltlich vertieft werden. Eine über den Fachkräftefonds geförderte Fachkraft soll sich zukünftig um die Koordinierung der Zusammenarbeit und die Umsetzung der Projekte kümmern. Luy ermunterte die Teilnehmenden des Workshops, Dreieckskooperationen in Kombination mit einer Förderung durch den Fachkräftefonds in Betracht zu ziehen, wies jedoch darauf hin, dass aus der Antragstellung hervorgehen müsse, was der Mehrwert dieser Partnerschaftsform sei. Auch gäbe es besondere Anforderungen an das Profil der Fachkraft.



Foto: Marcus Gloger

Viele Buko-Teilnehmende interessierten sich für die kommunale Entwicklungspolitik in Europa

Weitere Inputs im Workshop kamen von Ralf Wyrwinski vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), der die Bedeutung der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene hervorhob und von Franziska Gehrman (ebenfalls GIZ), die das EU-Projekt [„Partnerships for Sustainable Cities“](#) vorstellte. Die durch dieses Programm geförderten 57 Partnerschaften von europäischen Kommunen mit Städten in Asien, Afrika und Lateinamerika seien durch Peer-to-Peer-Austausch und Multiakteursansätze sehr erfolgreich etabliert oder vertieft worden. Allerdings laufe die Förderung 2025 aus. Ein ähnliches Unterstützungsinstrument werde es in Zukunft nicht mehr geben, da eine Haushaltslinie für dezentrale Kooperationen im nächsten EU-Haushalt nicht mehr vorgesehen sei.

Das Praxisbeispiel im Workshop wurde von der Senatsverwaltung Bremen präsentiert. Bremen und die namibische Hauptstadt Windhoek arbeiten seit Jahrzehnten eng zusammen – unter anderem auch in einer „Kommunalen Klimapartnerschaft“. Aktuell liegt der Fokus auf der Umsetzung eines von der EU geförderten Projekts zur Verbesserung des Abfallmanagements in Windhoek. Abfallvermeidung und Recycling sind ebenso Ziele wie die Capacity Building und Startup-Förderung im Bereich der Kreislaufwirtschaft. Das Fördervolumen durch die EU beläuft sich auf beachtliche 2,25 Millionen Euro, dabei beträgt die Drittmittelquote 95 Prozent. Die verbleibenden 5 Prozent teilen sich die beiden Kommunen Bremen und Windhoek. Jedoch bindet die Beantragung von solch großen EU-Projekten viel personelle Kapazitäten. Kommunen sollten daher ausreichend Zeit und Personal für die Antragstellung einplanen oder externe Hilfe etwa

durch das Programm [bengo](#) von Engagement Global in Anspruch nehmen.

Kampagne „100 Stimmen für kommunale Entwicklungspolitik“

Nach drei intensiven und abwechslungsreichen Konferenztagen zogen die Beteiligten ein durchweg positives Fazit. Die kommunale Entwicklungspolitik bleibe Herausforderung und Daueraufgabe. Erfolgreich konnte auch die zu Beginn der Tagung lancierte Aktion „100 Stimmen für die kommunale Entwicklungspolitik“ präsentiert werden. Deutlich mehr als 100 Kommunalvertreterinnen und -vertreter gaben der kommunalen Entwicklungspolitik Stimme und Gesicht. Kommunale Entwicklungspolitik ist keine Einbahnstraße. Auch die deutschen Kommunen profitieren auf vielfältige Weise von diesem Engagement. ■

Infos

Bundeskonzferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik:

☞ <https://skew.engagement-global.de/bundeskonzferenz.html>

Fachkräftefonds für kommunale Partnerschaften weltweit:

☞ <https://skew.engagement-global.de/personelle-unterstuetzung-fachkraefftefonds.html>

EU-Projekt „Partnerships for Sustainable Cities“:

☞ https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/programming/programmes/partnerships-sustainable-cities_en

Programm „bengo“ von Engagement Global:

☞ <https://www.engagement-global.de/de/bengo>

Zehnte Ausgabe des Wettbewerbs „Kommune bewegt Welt“:

Entwicklungspolitische Champions 2024 stehen fest

Immer mehr Kommunen in Deutschland engagieren sich entwicklungspolitisch – etwa im Rahmen von Partnerschaften mit Kommunen im Globalen Süden oder bei der Umsetzung der globalen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs). Am 16. Oktober wurden 12 Kommunen beim Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“ für ihr besonderes Engagement ausgezeichnet. Die jeweils ersten Plätze für kleine, mittlere und große Kommunen belegten Bad Köstritz, Greifswald und Kiel.

Ein Beitrag von
Dr. Susanne Reiff



Foto: Marcus Gloger

Den ersten Platz in der Kategorie großer Kommunen belegte die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt Kiel unter anderem für ihre erfolgreichen Partnerschaftsaktivitäten, die sie mit großen Events wie der Kieler Woche und mit dem Thema Nachhaltigkeit verknüpft. Auch hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitsberichterstattung mithilfe ihres „Voluntary Local Reviews“ (VLR) nimmt Kiel deutschlandweit eine Vorreiterrolle ein.

Als Siegerin in der Kategorie mittelgroßer Städte punktete Greifswald unter anderem mit seinen zwei Städtepartnerschaften – mit Drohobytsh in der Ukraine und Pomerode in Brasilien. Besonders aktiv ist hier das Greifswalder Nachhaltigkeitsbündnis, das eine Struktur für die Zusammenarbeit mit den Partnerkommunen darstellt. Dr. Stefan Fassbinder, Oberbürgermeister von Greifswald,

sagte anlässlich der Preisverleihung: „Ich bin der festen Überzeugung, dass durch internationale Verbindungen eine Kommune maßgeblich zu viel Gutem und Neuem inspiriert wird. Gleichzeitig fördert und gestaltet der internationale Austausch die Überzeugung von der Bedeutung eines demokratischen und friedlichen Miteinanders.“

Auch Bad Köstritz wurde mit einem ersten Platz beim Wettbewerb ausgezeichnet, unter anderem weil die Stadt gezeigt hat, wie auch eine kleine Kommune mit einem Voluntary Local Review (VLR) den Stand der Umsetzung der Agenda 2030 sehr gut darstellen kann. Bad Köstritz setzt zudem ein Handlungsprogramm zur Erreichung der SDGs um und pflegt mit der mexikanischen Stadt Huamantla eine lebendige Partnerschaft, in deren Rahmen sich die beiden Kommunen

Die Preisträger des Wettbewerbs „Kommune bewegt Welt“ feierten in Ingelheim ihren Erfolg

Zur Autorin:

Dr. Susanne Reiff ist freie Redakteurin der Zeitschrift „Europa kommunal“.

mit der Förderung des fairen Handels und von Biodiversität befassen.

Den mit 10.000 Euro dotierten Sonderpreis „Partnerschaftlich engagiert“ erhielt die bayerische Kommune Markt Heimenkirch für ihr außerordentliches Partnerschaftsengagement im Libanon. Das erst seit wenigen Jahren developmentpolitisch engagierte Flensburg erhielt den Newcomer-Sonderpreis. Die meisten Online-Stimmen beim Publikumspreis erhielt die bayerische Stadt Ebern.

Bundesministerin würdigt kommunales Engagement

Über 50 Kommunen nahmen in diesem Jahr am Wettbewerb mit kreativen Nachhaltigkeitsmaßnahmen oder Aktivitäten zusammen mit Partnerkommunen im Globalen Süden zu Themen wie Klimawandel, nachhaltige Abfallwirtschaft oder globales Lernen teil. Die Schirmherrin des Wettbewerbs, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Svenja Schulze, würdigte ihr Engagement: „Vor Ort wird Entwicklungspolitik erfahrbar und bekommt ein Gesicht, denn oft sind es engagierte Partnerschaften von Initiativen und Vereinen, die den Einsatz der Kommunen in der Entwicklungspolitik prägen. Dafür bin ich den Bürgerinnen und Bürgern und den Kommunen sehr dankbar. Der Wettbewerb ‚Kommune bewegt Welt‘ würdigt diese Leistungen und zeigt, wie Partnerschaften auf kommunaler Ebene funktionieren können. In einer Zeit voller Krisen und Konflikte ist es sehr wichtig, dass wir über den Tellerrand hinausblicken und gemeinsam handeln. Jede Kommune, die sich für eine nachhaltigere und gerechtere Zukunft, für Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit einsetzt, verdient deshalb den Respekt der Gesamtgesellschaft und setzt ein Zeichen gegen verengte nationale Sichtweisen. Städte, Gemeinden und Kreise gestalten nicht nur die Zukunft vor Ort, sondern auch das globale Miteinander.“

Zehn Jahre „Kommune bewegt Welt“

Der Wettbewerb [„Kommune bewegt Welt“](https://skew.engagement-global.de/wettbewerb-kommune-bewegt-welt-2024.html) wird durchgeführt von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global im Auftrag des BMZ. Anlässlich seines zehnjährigen Bestehens wurde der Wettbewerb 2024 neu ausgerichtet und zeichnet nun die Gesamtheit des developmentpolitischen Engagements deutscher



Foto: Marcus Gloger

Bad Köstritz in Thüringen mit etwa 3.400 Einwohnerinnen und Einwohnern war Sieger in der Kategorie kleiner Kommunen



Foto: Marcus Gloger

Zwei Landkreise waren beim Wettbewerb erfolgreich: der Landkreis Regen und hier der Landkreis Böblingen

Kommunen aus. Die Preisverleihung des Wettbewerbs fand im Rahmen der 16. Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik in Ingelheim am Rhein statt. Die erstplatzierten Kommunen erhielten jeweils ein Preisgeld in Höhe von 30.000 Euro. Die zweiten Plätze waren mit jeweils 20.000 Euro dotiert und die drittplatzierten Kommunen konnten jeweils 10.000 Euro mit nach Hause nehmen.

Der Wettbewerbs-Jury 2024 gehörten unter anderem Vertreterinnen und Vertreter des Deutschen Städtetags, des Deutschen Städte- und Gemeindebunds und des Deutschen Landkreistags an.

Gewinnerkommunen

Kategorie „Große Kommunen“:

1. Platz Landeshauptstadt Kiel
2. Platz Freie Hansestadt Bremen
3. Platz Landkreis Böblingen

Kategorie „Mittlere Kommunen“:

1. Platz Stadt Greifswald
2. Platz Landkreis Regen
3. Platz Stadt Pfaffenhofen an der Ilm

Kategorie „Kleine Kommunen“:

1. Platz Stadt Bad Köstritz
2. Platz Gemeinde Nohfelden
3. Platz Gemeinde Gehrde

Infos

Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“:

<https://skew.engagement-global.de/wettbewerb-kommune-bewegt-welt-2024.html>

Deutsch-niederländisches Team kooperiert in der EUREGIO:

Waldbrand-Früherkennung mit Drohnen und KI

Autonom fliegende Drohnen steigen in regelmäßigen Abständen über Waldgebieten auf, eine Künstliche Intelligenz (KI) analysiert die Bilddaten und schlägt im Brandfall Alarm: Dieses vollautomatisierte Waldbrand-Frühwarnsystem wird aktuell – neben weiteren Drohnentechnologien – im Rahmen des Interreg VI A-Projekts „Emergency Drone“ in Zusammenarbeit mit den Feuerwehren Bocholt und Twente (Niederlande) entwickelt.

Ein Beitrag von
Judith Reef



Foto: Robor Electronics

Kabelgebundene Drohnen sollen im Katastrophenfall als Ad-hoc-Kommunikationsnetzwerke dienen

Das Waldbrand-Frühwarnsystem basiert auf der bereits bestehenden Technologie „Drone in a box“: Eine im Kontrollgebiet platzierte Box dient als Start- und Landepunkt für eine Überwachungsdrohne und versorgt die Drohne über Solarzellen mit Strom. In regelmäßigen Abständen startet die Drohne selbstständig aus der Box und überfliegt das zuvor festgelegte Gebiet. Die Drohne erfasst das Gelände mit ihren Kameras sowie Farb-, Multispektral- und Wärmesensoren und sendet die Daten an die Feuerwache. Bisher mussten die Feuerwehrleute diese Daten manuell sichten und auswerten, was nur schwer in Echtzeit zu bewerkstelligen ist und Arbeitskräfte bindet. Das „Emergency Drone“-Team entwickelt

deshalb nun Algorithmen für eine KI, welche die Auswertung der Daten in Zukunft übernehmen soll. Die Feuerwehren liefern Bilddaten, mit denen die KI lernt, Rauchfahnen und Flammen eines Vegetationsbrandes von dem Rauch etwa an Grillplätzen oder Staubfahnen durch Feldarbeit zu unterscheiden. Eine niederländische Firma erstellt mathematische Modelle, um die Ausbreitung von Waldbränden anhand von Faktoren wie Windgeschwindigkeit, Hitze und Trockenheit vorherzusagen. Bei ersten Praxistests in diesem Sommer erkannten die autonom fliegenden Drohnen den von Nebelmaschinen generierten Rauch bereits mit Hilfe der KI. In Kürze werden die Feuerwehrleute ein kontrolliertes Feuer legen, um die Drohnentechno-

Zur Autorin:

Judith Reef ist Projektreferentin bei DNL-contact.

nologie unter realistischen Bedingungen zu testen und Daten zur Weiterentwicklung der Algorithmen zu sammeln.

Das Potenzial der Drohnen

Schon jetzt nehmen Feuerwehrteams in Deutschland und den Niederlanden Drohnen zu Einsätzen mit, um die Lageerfassung vor Ort zu vereinfachen. Besonders bei nächtlichen Einsätzen sind sie eine große Hilfe. Die Zukunft liegt jedoch in Systemen wie dem oben beschriebenen „Drone in a box“, bei dem die Drohne außerhalb der Sichtlinie des Piloten oder der Pilotin fliegt und auf Abstand aus der Feuerwehrzentrale heraus gesteuert werden kann. Im Notfall könnte die nächstgelegene Drone-in-a-box automatisch zum Einsatzort fliegen und die Feuerwehr schon vor Eintreffen der ersten Einsatzfahrzeuge mit Informationen versorgen. Anhand der Luftbilder könnte frühzeitig entschieden werden, welches und wie viel Material benötigt wird, wo die Einsatzfahrzeuge abgestellt werden können und wie viele Tankwagen mit Löschwasser geliefert werden müssen.

Drohnen außerhalb der Sichtlinie fliegen zu lassen, ist den Feuerwehren in Deutschland und den Niederlanden bisher nur in sehr wenigen Ausnahmefällen erlaubt. Die rechtlichen Rahmenbedingungen stellen daher aktuell die größte Herausforderung für das drohnengestützte Katastrophenmanagement dar. Um den Feuerwehren in dieser Hinsicht mehr Flugbefugnisse einzuräumen, müsste eine Integration von bemanntem und unbemanntem Flugverkehr stattfinden, sodass die Standorte aller Drohnen für Pilotinnen und Piloten sichtbar sind.

Neben der KI-basierten Waldbrand-Früherkennung entwickeln die Projektpartner von [„Emergency Drone“](#) andere Technologien zur Prävention und Bewältigung von (Natur-) Katastrophen: Im Falle einer zusammengebrochenen Kommunikations-Infrastruktur soll ein Ad-Hoc-Kommunikationsnetzwerk mithilfe von Funkdrohnen aufgespannt werden können. Die kabelgebunden Funkdrohnen schweben in einer Höhe von etwa 100 Metern dauerhaft auf der Stelle, werden über ein Stromkabel mit Generatoren auf dem Boden versorgt und übertragen Funk-, Mobilfunk- und WLAN-Signale. In einem weiteren Arbeitspaket wird für die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) das Zusammenspiel von ferngesteuerten Booten und Drohnen mit Unterwasserkameras automatisiert, was die Rettung von Ertrinkenden erleichtern soll.



Foto: DNL-contact

Fachleute testen eine neue Software für Drohnen im niederländischen Bentelo

Deutsch-niederländische Zusammenarbeit

Bei der Entwicklung der Technologien wird neben Datenschutz besonders auf die Anwendungsfreundlichkeit geachtet, sodass auch ehrenamtliche Kräfte die Drohnen ohne viele Vorkenntnisse bedienen können. Im August stellte die beteiligte Flugsoftware-Firma den anderen Projektpartnern die erste Version einer Drohnen-Flugsoftware für „Search and Rescue“-Einsätze vor, die sie eigens für „Emergency Drone“ entwickeln. Die Anregungen der Einsatzkräfte fließen kontinuierlich in die Entwicklung ein. Martijn Zagwijn, Drohnenspezialist der Feuerwehr Twente, freut sich über die gemeinsamen Test- und Trainingstage: „Mit den Drohnenteams der Feuerwehren und der DLRG können wir wertvolles Wissen und Erfahrungen austauschen. Wir erfahren, auf welche Probleme die deutschen Teams stoßen, lernen voneinander und versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden. Das ist der große Mehrwert der grenzübergreifenden Zusammenarbeit.“ Auch abseits des Drohnenthemas arbeiten die Feuerwehren in der Grenzregion bereits eng zusammen. Zu einem Feuer im niederländischen Dorf Overdinkel rücken Feuerwehrleute aus beiden Ländern an, meist ist das deutsche Einsatzteam zuerst vor Ort. ■

Infos

EUREGIO: „Emergency Drone“-Projekt:
<https://www.euregio.eu/de/aktuell/drohnen-als-lebensretter-im-katastrophenfall/>

Das „Emergency Drone“-Projekt

„Emergency Drone“ wird im Rahmen des Programms Interreg VI A von der Europäischen Union und den Interreg-Partnern finanziell gefördert. Im Projektkonsortium sind neben Spectro AI, Robor Electronics, DLRG, Feuerwehr- und Rettungsakademie Bocholt und Veiligheidsregio Twente auch die Hochschule Rhein-Waal, GeSa mbH und RF Frontend. Die assoziierten Partner Kreis Warendorf, Landkreis Grafschaft Bentheim und Gemeinde Enschede unterstützen das Projekt auf politischer Ebene. Leadpartner ist DNL-contact aus Steinfurt. Das mit 5,2 Millionen Euro budgetierte Projekt läuft noch bis Herbst 2027.

Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit:

Nachhaltige Stadtentwicklung im Fokus

Am 7. und 8. Oktober 2024 war der Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit auf Einladung des Landkreises Mainz-Bingen in Ingelheim zu Gast. Auch die 6. Sitzung der laufenden Mandatsperiode widmete sich wieder einem übergeordneten UN-Nachhaltigkeitsziel. Diesmal sollte es das Ziel 11 für nachhaltige Stadtentwicklung sein.

Ein Beitrag von
Marcell Moll

Die Vorsitzende des **Ausschusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit**, Gabi Schock aus Krefeld, stellte zu Beginn der Sitzung zunächst die Neue Leipzig-Charta der EU vor. Diese wurde 2020 verabschiedet und dient als strategisches Rahmenwerk zur gemeinwohlorientierten und nachhaltigen Stadtentwicklung. Nach einem Rückblick auf die historischen Wurzeln und die heutige Ausgestaltung der Charta berichtete sie über Workshops mit afrikanischen Kommunen, die sich an der Neuen Leipzig-Charta orientierten. Während die afrikanischen Kolleginnen und Kollegen an Deutschland vor allem die ausgeprägte kommunale Selbstverwaltung schätzten, könne man andererseits, etwa wenn es um kreative Problemlösungen gehe, auch viel von ihnen lernen. Auch in Fragen der Klimaanpassung seien viele Kommunen auf dem afrikanischen Kontinent notwendigerweise schon sehr weit. Insgesamt sei es wichtig, lokale Unterschiede anzuerkennen und gemeinsam passgenaue Lösungen zu finden.

Im Anschluss berichtete Stefan Heinig, Berater für Stadtentwicklung und ehemaliger Vorsitzender der Fachkommission Stadtentwicklungsplanung des Deutschen Städtetages, über seine Erfahrungen mit nachhaltiger Stadtentwicklung in der internationalen Zusammenarbeit. Es sei wichtig, auch den regionalen Zusammenhang im Blick zu haben, da viele Themen in und von den Städten allein nicht zu lösen seien, sondern immer auch die Einbeziehung des Umlands erforderten. Ein besonderes Augenmerk richtete er zunächst auf die Zusammenarbeit zwischen Leipzig und Kiew. Auf ukrainischer



Foto: RGRE

Seite sei man dabei sowohl auf ein noch eher zentrales Planungsmodell in den Verwaltungen gestoßen wie auch auf eine überaus aktive Zivilgesellschaft, aus der heraus viele Projekte eingereicht wurden. Ferner stellte er die Arbeit des deutsch-amerikanischen Städteternetzwerks im Projekt „Dialogues for Urban Change“ vor. Wichtig sei bei der Zusammenarbeit vor allem, dass ein gemeinsamer Lernprozess entstehe. Das Peer-to-Peer-Learning und die Wichtigkeit des Voneinander-Lernens war dabei ein wiederkehrendes Motiv, das sich durch viele Beiträge zog.

Aus Bottrop war die Leiterin des Stadtplanungsamts, Christina Kleinheins, angereist, um über „Frauen in der Stadt“ zu sprechen. Die Themen seien heute noch die gleichen wie vor 35 Jahren, machte sie gleich zu Beginn den mangelnden Fortschritt deutlich. Eine Veränderung habe es indes im Sprachgebrauch gegeben. So sei heute in der

Die Teilnehmenden der Ausschusssitzung tauschten sich in Ingelheim angeregt zum Thema nachhaltige Stadtentwicklung aus

Zum Autor:

Marcell Moll ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Deutschen Städtetag und bei der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas.

Regel nicht mehr von frauengerechter Stadtplanung die Rede, stattdessen werde von gendergerechter Stadtplanung gesprochen. Dies könne zwar zu mehr Akzeptanz führen, berge aber auch die Gefahr, frauenspezifische Themen in den Hintergrund zu drängen. Neben Beispielen für besondere Wege in der Partizipation, zum Beispiel durch Workshops in geschlechtergetrennten Gruppen, wurde über den Austausch mit südafrikanischen Kommunen berichtet. Die Erfahrungen in Südafrika haben dabei vor allem das Thema Sicherheit von Frauen noch einmal deutlicher ins Bewusstsein treten lassen.

Als Best Practice-Beispiel stellte Fabian Stangier, Leiter der Abteilung Vielfalt bei der Stadt Köln, den Kölner Prozess zur Aufarbeitung des (post-)kolonialen Erbes vor. Sichtbar sei dieses Erbe in Denkmälern und Straßennamen aber auch in den Museen, wie etwa bei den Benin-Bronzen. Ausgelöst wurde der Prozess in Folge der internationalen Proteste nach der Tötung George Floyds in den USA. Zu Beginn hätte die Stadt ein elfköpfiges Expertengremium eingesetzt, das den Auftrag bekam, die Verwaltung zu beraten. Darüber hinaus habe es verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten gegeben. Entstanden sei ein Maßnahmenkatalog, der der Verwaltung zur Umsetzung empfohlen wurde.

Dazu gehöre beispielsweise die Umbenennung von Straßen. Ein Bericht über den Aufarbeitungsprozess werde voraussichtlich Ende des Jahres erscheinen.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wurde durch Anja Wagner vertreten, die über aktuelle Entwicklungen in ihrem Ministerium berichtete. Während der Gesamttat des BMZ massiv gekürzt wurde, sei die kommunale Entwicklungszusammenarbeit von Kürzungen bislang ausgenommen. Aktuell sammle das BMZ positive Beispiele der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, um damit ihre Bedeutung insgesamt auch anderen Stellen gegenüber eingängig näher zu bringen. Insgesamt steigt die Bedeutung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit im Bund, in Europa und international. So begrüßte sie den engen Austausch im Rahmen des Ausschusses.

Auf der Sitzung in Ingelheim konnte auch das überarbeitete Leitbild des Ausschusses verabschiedet werden. So wurden die aus der zunehmenden Bedeutung des Ausschusses entstehenden neuen Aufgaben und Ziele in dem Leitbild verankert. Es soll in seiner neuen Form dem im nächsten Jahr neu zu konstituierenden Ausschuss als Grundlage für seine Arbeit dienen. ■

Infos

Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit:

🔗 <https://www.rgre.de/rgre/ausschuesse/aus-schuss-kez>

Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene

Dokumentation zur 5. Nationalen Konferenz erschienen



Titelbild: Stadt Mannheim

In Kooperation mit der Stadt Mannheim veranstaltete die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 25. und 26. April 2024 in Mannheim die 5. Nationale Konferenz zur Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene. Die zugehörige Dokumentation wurde nun veröffentlicht.

Die Dokumentation mit dem Titel „5. NATIONALE

KONFERENZ zur Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ bietet auf 48 Seiten einen umfassenden Einblick in die vielen Themen,

Vorträge und Workshops auf der Nationalen Konferenz. Unter dem Motto „Frauen – tatsächlich gleichgestellt?“ wurde in Mannheim über die Entwicklung der Gleichstellung in Deutschland von den Anfangszeiten über die gleichstellungsbezogenen Ergänzungen im Jahr 1994 bis hin zu aktuellen antifeministischen Herausforderungen in ganz Europa diskutiert.

Themen waren unter anderem die europäische Entwicklung der Gleichstellungspolitik in den EU-Institutionen sowie Strategien und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene. Ein zentraler Fokus der Debatte war die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene als ein strategisches Instrument. Durch Best Practice-Beispiele wurden zudem Ansatzpunkte und Optionen für eine praxisorientierte Aufnahme in den jeweiligen Aktionsplänen der Kommunen diskutiert.

Dokumentation:

🔗 https://www.rgre.de/fileadmin/user_upload/pdf/publikationen/Dokumentation_5_NCK_2024_in_Mannheim__002_.pdf

CEMR-Veranstaltung „Europaabgeordnete treffen lokale Führungskräfte“:

Verbindung von lokaler und europäischer Regierungsführung

Am 2. Oktober 2024 veranstaltete der Europäische Dachverband des RGRE (Council of European Municipalities and Regions – CEMR) das Networking-Event „Europaabgeordnete treffen lokale Führungskräfte“ (MEPs Meet Local Leaders), bei dem über 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammenkamen, darunter 15 neugewählte Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie lokale Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Teilen Europas. Ziel der Veranstaltung war die Diskussion über die kürzlich veröffentlichte Studie des CEMR zur grünen Transformation auf lokaler Ebene.

Ein Beitrag von
Yannik Bernardi

Die vom Sekretariat und den Mitgliedern des CEMR initiierte Studie [„Local Green Transition: Prospects for an Inclusive and Competitive Deal“](#) gibt Einblicke in die politische Wahrnehmung sowie die praktische Umsetzung des Grünen Deals auf dem Weg hin zur Klimaneutralität und zeigt Unterschiede in verschiedenen territorialen Kontexten auf. Die Studie zielt darauf ab, wesentliche politische Empfehlungen für europäische und nationale Entscheidungsträgerinnen und -träger für die Zeit nach 2024 zu formulieren.

Die Ergebnisse der Studie betonen die entscheidende Rolle lokaler und regionaler Gebietskörperschaften (LRG) bei der Umsetzung der politischen Ziele des Europäischen Grünen Deals. Die Studie hebt die ehrgeizigen Ziele hervor, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung zu entkoppeln. 90 Prozent der Verantwortung für Klimaanpassungsmaßnahmen lägen in den Händen der LRGs, die somit unerlässlich für den Erfolg grüner Politiken sind. Laut der CEMR-Umfrage betrachten 51 Prozent der LRGs die Auswirkungen nachhaltiger Gesetzgebung positiv, insbesondere in Bezug auf die Förderung erneuerbarer Energien und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Gleichzeitig zeigen die Umfrageergebnisse, dass viele LRGs besorgt über einen „One-size-fits-all“-



Foto: CCRE-CEMR

Ansatz sind, der die besonderen Bedürfnisse kleinerer Gemeinden nicht berücksichtigt und zu einer ungleichen Lastenverteilung führt. Zudem sind 69 Prozent der LRGs der Ansicht, dass grüne Gesetze das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen könnten. Die Studie formuliert zudem mehrere zentrale Empfehlungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen europäischen und nationalen Regierungen. Dazu gehören die Berücksichtigung lokaler Bedürfnisse bei der Umsetzung des Grünen Deals, eine Neugestaltung des Dialogs mit LRGs und die Förderung von Gerechtigkeit im grünen Übergang.

Das [Treffen mit den Europaabgeordneten](#) bot eine Gelegenheit, um über die aktuellen Bedürfnisse und Chancen in städ-

Über 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen zum Networking-Event „Europaabgeordnete treffen lokale Führungskräfte“, um über die CEMR-Studie zur grünen Transformation auf lokaler Ebene zu diskutieren

Zum Autor:

Yannik Bernardi ist Sachbearbeiter im Europabüro des Deutschen Städtetages.

tischen sowie ländlichen Gebieten direkt zu sprechen. Die Diskussionen konzentrierten sich darauf, wie lokale Regierungen die Ressourcen der EU effektiv nutzen können, damit diese den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen. In diesem Kontext ist die Rolle der lokalen Führungskräfte unerlässlich, und das Event betonte ihre einzigartige Position, um bedeutende Veränderungen herbeizuführen.

Bei der Eröffnung der Veranstaltung unterstrich CEMR-Präsidentin Gunn Marit Helgesen die Bedeutung von Zusammenarbeit und erklärte: „Wir stehen vor beispiellosen Herausforderungen, die die Notwendigkeit verdeutlichen, die Bemühungen auf allen Regierungsebenen – lokal, regional, national und europäisch – zu vereinen, um das Wohlergehen der europäischen Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt unserer gemeinsamen Mission zu stellen.“

In der anschließenden Diskussion ging es um die Perspektiven und Erwartungen lokaler und regionaler Mandatsträgerinnen und -träger in Bezug auf die Arbeit des neuen Europäischen Parlaments. Dabei betonte der französische Senator und Gemeinderat Ronan Dantec, dass für die Gemeinden und Städte in Zukunft die Anpassung an den Klimawandel genauso wichtig sein werde wie die Reduzierung von Emissionen. Dazu bedürfe es mehr Personal und zusätzlicher finanzieller Mittel, um die Kommunen für diese Herausforderungen zu wappnen. Als Beispiel für zusätzliche Ressourcen nannte er die Einnahmen aus dem CO₂-Grenzmechanismus, der in den kommenden Jahren an den EU-Grenzen auf importierte Produkte erhoben werden soll. Diese Einnahmen könnten direkt in die Kohäsionspolitik fließen und so den Kommunen zugutekommen.

Der Europaabgeordnete Thomas Pellerin-Carlin unterstrich, dass man unbedingt die Kluft zwischen Städten und ländlichen Gebieten überwinden müsse. Dabei könne beispielsweise der Europäische Klimasozialfonds helfen, um nachhaltige Elektromobilität in ländlichen Regionen zu fördern.

Die Bürgermeisterin der dänischen Syddjurs Kommune, Kristine Helene Bille, beklagte, dass es nach wie vor sehr kompliziert für kleine Kommunen sei, EU-Fördermittel zu akquirieren. Allzu oft entschieden die nationalen Regierungen, wofür die EU-Mittel ausgegeben würden. Sie richtete einen besonderen Appell an die Europaabgeordneten: „Gehen Sie raus und kooperieren Sie mit den lokalen Entscheidungsträgern“. Thomas Pellerin-Carlin plädierte in diesem Zusammenhang dafür, einige EU-Finanzmittel direkt kleinen Kommu-



nen zugänglich zu machen und den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern technische Hilfe für die Akquirierung von Mitteln aus dem Fonds anzubieten. Ronan Dantec hob hervor, dass die derzeitigen Aufrufe zur Interessenbekundung, um sich für Finanzmittel zu bewerben, viele Kommunen überforderten und dass man über andere Möglichkeiten der Fonds-Auszahlung nachdenken sollte.

Mit Blick auf die anstehende Reform der Kohäsionspolitik sagte der Europaabgeordnete Marcos Ros Sempere, man müsse alles daran setzen, dass die lokalen Gebietskörperschaften weiterhin ein Mitspracherecht bei der Verwaltung der EU-Strukturfonds spielten. Pläne der Europäischen Kommission deuteten darauf hin, dass über eine Zentralisierung der Fonds und eine Schwächung der Rolle der Kommunen beim Fonds-Management nachgedacht werde.

Die Europaabgeordneten Vladimir Prebilic und Stefano Bonaccini betonten, dass die Kohäsionspolitik weiter gestärkt werden sollte, da die sozialen Ungleichheiten eine der Hauptsorgen der Europäerinnen und Europäer seien, die mit den EU-Fonds verringert werden könnten. Die Kohäsionspolitik müsse aktiv auch das Recht der EU-Bürgerinnen und -Bürger fördern, dort zu bleiben, wo sie sich zu Hause fühlen, betonte der Landrat des Landkreises Karlsruhe und Co-Präsident des CEMR, Dr. Christoph Schnaudigel. Dies werde vor allem durch gute öffentliche Infrastruktur vor Ort erreicht, die gezielt gefördert werden müsse. Der Landrat sagte außerdem, dass die Kooperation zwischen dem Europäischen Ausschuss der Regionen und den anderen EU-Institutionen verbessert werden müsse, um den Kommunen mehr Gehör im EU-Gesetzgebungsprozess zu verschaffen.

Insgesamt verdeutlichte die Veranstaltung die Notwendigkeit von Kooperation auf allen Regierungsebenen, um das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger ins Zentrum des europäischen Projekts zu stellen. ■

Neben Moderator Jean-Paul Judson waren Marcos Ros Sempere (MdEP), Senator Ronan Dantec, Thomas Pellerin-Carlin (MdEP) und Bürgermeisterin Kristine Helene Bille auf dem Podium des Networking-Events vertreten

Infos

„Meet Local Leaders Event“ des CEMR:

🔗 <https://ccre-cemr.org/impactgoal-climate/meet-local-leaders-event>

CEMR-Bericht

„Local Green Transition:

🔗 <https://ccre-cemr.org/impactgoal-climate/local-green-transition>

Stellungnahme zum „Pact for the Future“ der Vereinten Nationen:

Meilenstein für lokale und regionale Gebietskörperschaften

Der Generalsekretär des Europäischen Dachverbands des RGRE (Council of European Municipalities and Regions – CEMR), Fabrizio Rossi, äußerte sich in einer Stellungnahme positiv über die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im „Pact for the Future“. Der UN-Zukunftspakt sei ein wichtiger Meilenstein für die Kommunen, so Rossi, aber auch erst der Anfang für weitere Bemühungen.

Ein Beitrag von
Karl-Heinz Kottenhahn

Unter dem Motto „Multilaterale Lösungen für ein besseres Morgen“ trafen sich am 22. und 23. September 2024 in New York die Staats- und Regierungschefs der Vereinten Nationen, um sich über gemeinsame Vorstellungen zur Lösung aktueller und zukünftiger Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu verständigen. Im Mittelpunkt des Gipfels stand die Verabschiedung des sogenannten „Zukunftspakts“ (☑ **Pact for the Future**), mit dem sich die Vereinten Nationen zur Einhaltung der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) bekennen.

In dem Zukunftspakt wird auch auf die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften (LRGs) eingegangen. Fabrizio Rossi, Generalsekretär des „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR), erklärte in einer ☑ **Stellungnahme**, dass die Einbeziehung der LRGs in den Zukunftspakt, insbesondere in Artikel 83, einen wichtigen Meilenstein darstelle. In diesem Artikel werde die entscheidende Rolle der Kommunen und Regionen gewürdigt. UN-Generalsekretär António Guterres sei nun aufgefordert, Empfehlungen für die Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auszusprechen, um die Agenda 2030, insbesondere durch die Lokalisierung der Ziele für nachhaltige Entwicklung, voranzubringen.

Rossi erklärte aber auch, dass weitere Bemühungen erforderlich seien, um das volle Potenzial der LRGs in der globalen Governance auszuschöpfen. Er benannte fünf



Foto: UN Photo / Loey Felipe

Auf dem Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen in New York einigten sich die Mitgliedstaaten auf einen Pakt für die Zukunft

wichtige Erkenntnisse, die die Auswirkungen des Pakts auf die lokale Führungsgemeinschaft widerspiegeln.

1) Der Passus spiegele die weit verbreitete Anerkennung der entscheidenden Rolle wider, die Kommunen und ihre Verwaltungen beim Aufbau einer nachhaltigen Zukunft spielen. Die Diskussion habe sich von der Infragestellung ihrer Relevanz auf die Zusammenarbeit zur Förderung des Fortschritts auf allen Ebenen verlagert. Dieser Wandel sei entscheidend, um die Agenda 2030 voranzubringen und eine nachhaltige Entwicklung für alle zu fördern.

2) Die Zusammenarbeit mit dem UN-Generalsekretär und anderen wichtigen Akteuren verdeutliche die wachsende Dynamik in der Bedeutung der LRGs. Im Gegensatz zu zivilgesellschaftlichen Organisationen hätten Kommunalverwaltungen ein eigenes Mandat und eine eigene Wählerschaft, was ihre Bei-

Zum Autor:

Karl-Heinz Kottenhahn ist freier Redakteur der Zeitschrift „Europa kommunal“.

träge für die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft unerlässlich mache.

3) Globale Herausforderungen würden ein koordiniertes Vorgehen auf allen Regierungsebenen erfordern. Als wirksam habe sich hier die „Global Task Force“ der LRGs erwiesen, wie etwa bei der Vereinheitlichung von Agenden und der Koordinierung der Interessenvertretung bei Themen, die über Grenzen und Zuständigkeiten hinausgehen. Die Anerkennung schreite voran, sei aber noch begrenzt.

4) Auch wenn die Aufnahme der LRGs in den Zukunftspakt ein positiver Schritt sei, bleibe ihre Rolle doch weitgehend auf die Umsetzung der SDGs konzentriert. Es sei von entscheidender Bedeutung, dass die lokalen und regionalen Regierungen nicht nur als Umsetzer, sondern auch als vollwertige Partner bei der Gestaltung von Maßnahmen, die die Zukunft unserer Gemeinschaften beeinflussen, anerkannt würden.

5) Da autokratische Regime und zentralisierende Reformen die Autonomie der lokalen Regierungen bedrohten, würde auch die

die Sorge um die Zukunft der lokalen Demokratie wachsen. Beschnittene Befugnisse und Haushaltskürzungen würden die Nachhaltigkeit der lokalen Demokratie gefährden.

Laut Rossi sei aber noch viel Arbeit nötig, um die volle Anerkennung und Stärkung der LRGs zu erreichen.

Konkretisiert wurde die urbane Perspektive in der [Abschlussklärung](#) des anschließenden Bürgermeisterforums der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UNECE) am 22. September 2024 in Genf, an der auch Prof. Dr. Eckart Würzner, Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg und Erster Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages, teilgenommen hatte. Der Oberbürgermeister begrüßte ausdrücklich die Anerkennung der wichtigen Rolle der Städte im Zukunftspakt mit dem besonderen Fokus auf die Implementierung der Agenda 2030 und die Lokalisierung der nachhaltigen Entwicklungsziele. Würzner erklärte aber auch: „Was wir brauchen, ist eine strukturierte Beteiligung.“ ■

Infos

UN-Webseite

zum Zukunftspakt:

🔗 <https://www.un.org/en/summit-of-the-future/pact-for-the-future>

Stellungnahme von

Fabrizio Rossi (CEMR):

🔗 <https://ccre-cemr.org/impactgoal-climate/reflections-on-the-pact-for-the-future>

Abschlussklärung der UNECE:

🔗 https://forumofmayors.unece.org/sites/default/files/2021-09/Mayors_declaration_booklet.pdf

UN-Zukunftspakt

Auszug mit Bezug zu Kommunen*

Maßnahme 55. Wir werden unsere Partnerschaften stärken, um bestehende Verpflichtungen zu erfüllen und neue und künftige Herausforderungen anzugehen.

83. Wir erkennen die Bedeutung des Engagements der Vereinten Nationen mit nationalen Parlamenten und relevanten Interessengruppen an, wobei der zwischenstaatliche Charakter der Organisation gewahrt bleibt. Die Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind, erfordern eine Zusammenarbeit nicht nur über die Grenzen hinweg, sondern auch mit der gesamten Gesellschaft. Unsere Bemühungen müssen sowohl Regierungen als auch Parlamente, das System der Vereinten Nationen und andere internationale Einrichtungen, lokale Behörden, indigene Völker, die Zivilgesellschaft, die Wirtschaft und den privaten Sektor, glaubensbasierte Organisationen, die Wissenschaft und die akademische Gemeinschaft sowie alle Menschen einbeziehen, um eine wirksame Antwort auf unsere gemeinsamen Herausforderungen zu gewährleisten.

Wir beschließen:

(a) sicherzustellen, dass relevante Interessengruppen in ihren jeweiligen Rollen und Zuständigkeiten im Einklang mit den einschlägigen Verfahrensregeln sinnvoll an den einschlägigen Prozessen der Vereinten Nationen teilnehmen können und dass die Mitgliedstaaten Zugang zu den Standpunkten und dem Fachwissen dieser Partner haben;

(b) die bestehenden Kanäle zu nutzen und die Kommunikation zwischen den zwischenstaatlichen Gremien der Vereinten Nationen und der Zivilgesellschaft zu stärken, um einen ständigen Dialog und Informationsaustausch zu ermöglichen;

(c) den Beitrag des Privatsektors zur Bewältigung globaler Herausforderungen zu fördern und seine Rechenschaftspflicht bei der Umsetzung der Rahmenwerke der Vereinten Nationen zu stärken;

(d) die Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit den nationalen Parlamenten in den zwischenstaatlichen Gremien und Prozessen der Vereinten Nationen im Einklang mit der nationalen Gesetzgebung zu vertiefen, unter anderem dadurch, dass wir uns auf die Bemühungen der Vereinten Nationen und der Inter-Parliamentary Union stützen, die Parlamentarier dazu zu bewegen, die Unterstützung für die Umsetzung der einschlägigen Übereinkommen und Resolutionen der Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten;

(e) den Generalsekretär zu ersuchen, den Mitgliedstaaten bis zum Ende der neunundsiebzigsten Tagung Empfehlungen darüber vorzulegen, wie die Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Behörden die Agenda 2030, insbesondere die Lokalisierung der Ziele für nachhaltige Entwicklung, voranbringen könnte;

(f) die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und regionalen, subregionalen und anderen Organisationen im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate zu verstärken, die für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit, die Förderung und den Schutz der Menschenrechte und die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung von entscheidender Bedeutung sein wird.

(...)

„Pact for the Future“:

🔗 <https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/soft-the-pact-for-the-future.pdf>

* Eigene, nicht-offizielle Übersetzung

Europäische Wettbewerbe

Europäische Hauptstadt der Demokratie

Der Wettbewerb „Europäische Hauptstadt der Demokratie“ 2026 richtet sich an Städte in den Mitgliedstaaten des Europarats und im Kosovo mit mindestens 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Eine Voraussetzung zur Bewerbung ist, dass die Städte zwischen März 2025 und Januar 2026 keine Kommunalwahlen durchführen. Eine Jury aus Fachleuten bewertet zunächst das Leitbild der Bewerberstädte, ihre Demokratieprojekte und -ideen sowie den lokalen Kontext anhand transparenter Kriterien und wählt dann im März 2025 unter den Nominierten die Gewinnerstadt aus.

Bewerbungsschluss: 15. November 2024

Infos: <https://capitalofdemocracy.eu/how-to-apply-as-european-capital-of-democracy/>

European Heritage Awards / Europa Nostra Awards

Mit den European Heritage Awards / Europa Nostra Awards sollen vorbildliche Verfahren zum Schutz und zur Erhaltung des kulturellen Erbes sowie innovative Entwicklungen und Erkenntnisse bei der Pflege und Förderung des europäischen Kulturerbes ermittelt, anerkannt und gefördert werden.

Insgesamt werden bis zu 30 herausragende Leistungen im Bereich des Kulturerbes gewürdigt, von denen bis zu fünf Grand Prix ausgezeichnet werden, die jeweils mit 10.000 Euro dotiert sind. Die eingereichten Beiträge können sich auf materielles, immaterielles oder digitales Kulturerbe beziehen. Darüber hinaus wird einem der ausgewählten Preisträger nach einer Online-Abstimmung der Public Choice Award verliehen, der ebenfalls mit 10.000 Euro dotiert ist.

Einsendeschluss: 20. November 2024

Infos: <https://european-heritage.awardsplatform.com/>

Ideenwettbewerb für Schulen

Zusammen mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland haben die EUROPE DIRECT-Zentren in Saarbrücken, Ulm, Dresden, Kaiserslautern, Ingelheim und Karlsruhe sowie das Klima-Bündnis den Ideenwettbewerb „Europas grüne Zukunft gestalten“ gestartet. Gesucht werden innovative und kreative Ideen von Schülerinnen und Schülern zum Klimaschutz für eine nachhaltigere Zukunft.

Bei den Ideen und deren Format sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt. Alle Vorschläge sind willkommen, wie etwa

Technologien, Projekte, Konzepte oder Initiativen in den Bereichen des Europäischen Grünen Deals. Die besten Ideen werden mit einem Preisgeld von 1.000 Euro prämiert.

Einsendeschluss: 30. November 2024

Infos: https://germany.representation.ec.europa.eu/news/wettbewerb-fur-schulen-ideen-fur-europas-grune-zukunft-gesucht-2024-08-07_de

Kommunalpolitischer Preis der Goerdeler-Stiftung

Die Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung ruft zur Bewerbung um den „Kommunalpolitischen Preis“ für 2025 auf. Mit dem Preis werden herausragende Leistungen in der kommunalen Verwaltung und Zusammenarbeit ausgezeichnet. Er richtet sich an Kommunen und regionale und internationale Allianzen unter Beteiligung von Kommunen.

Gewürdigt werden innovative Ansätze, die zum Nachhaltigkeitsziel 16 für Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen der Agenda 2030 beitragen. Die Preisverleihung erfolgt am 2. Februar 2025 im Neuen Rathaus zu Leipzig. Das Preisgeld ist auf 2.000 Euro dotiert.

Bewerbungsfrist: 30. November 2024

Infos: https://www.connective-cities.net/secure_doc/documents/CAG_Bekanntmachung_kommpol_Preis_2025.pdf

Europapreis des Europarates

Der „Europe Prize“ ist die höchste Auszeichnung für Städte und Gemeinden in Europa. Er richtet sich an alle 46 Mitgliedstaaten des Europarates, „um Städte und Gemeinden auszuzeichnen, die sich um die Förderung des europäischen Gedankens besonders verdient gemacht haben“.

Der Europapreis umfasst vier Auszeichnungen: das Europadiplom, die Ehrenfahne, die Ehrenplakette und als höchste Auszeichnung den Europapreis. Die Städte und Gemeinden, die den Europapreis erhalten wollen, müssen sich zunächst nacheinander für die anderen Auszeichnungen beworben haben. Die Preisträger werden im April 2025 verkündet und zwischen Mai und Dezember finden die Preisverleihungen statt. Der Europapreis ist mit 20.000 Euro Preisgeld dotiert.

Einsendeschluss: 31. Januar 2025

Infos: <http://www.europe-prize.coe.int/Public>

Über aktuelle Wettbewerbe informieren wir Sie auch unter:

<https://www.rgre.de/aktuell/>

Bericht zur Lage der Energieunion 2024 der Europäischen Kommission:

Erhebliche Fortschritte erzielt

Der Bericht zur Lage der Energieunion wird einmal im Jahr veröffentlicht, um eine Bilanz der Fortschritte der Europäischen Union bei der Verwirklichung der Ziele der Energieunion zu ziehen. Am 11. September 2024 hat die Europäische Kommission den Bericht zur Lage der Energieunion 2024 veröffentlicht. Der diesjährige Bericht enthält aktuelle Informationen darüber, wie die EU im letzten Jahr der Amtszeit der derzeitigen Kommission erfolgreich auf beispiellose energiepolitischen Entwicklungen und Herausforderungen reagiert hat.

So habe die EU einen Rechtsrahmen erstellt, mit dem die Energiewende vorangebracht werden sollte und die Grundlagen für neues Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit gelegt worden seien. Entscheidend sei gewesen, kritischen Risiken in Bezug auf ihre Energieversorgungssicherheit standzuhalten, die Kontrolle über den



Foto: Motorjani / Pixabay

Energiemarkt und die Energiepreise wiederzuerlangen und den Übergang zur Klimaneutralität zu beschleunigen.

So seien im Bereich der erneuerbaren Energien erhebliche Fortschritte erzielt worden. Dennoch müssten die Bemühungen um Energieeffizienz weiter verstärkt werden, damit die EU das Ziel einer Verringerung des Endenergieverbrauchs um 11,7 Prozent bis 2030 erreichen könne. ■

Der Bericht zur Lage der Energieunion 2024 zeigt auf, wie die Europäische Kommission auf energiepolitischen Entwicklungen und Herausforderungen reagiert hat

Infos

EU-Pressemitteilung:

🔗 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_4581

EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur in Kraft getreten:

Regelungen für Land und Meer

Am 18. August 2024 trat das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur in Kraft. Es ist ein weiterer, wichtiger Schritt, um den Verlust der Natur rückgängig zu machen, Klimaneutralität zu erreichen und die Bereitschaft und Widerstandsfähigkeit Europas gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels zu erhöhen, so die Kommission.

Zu diesem Wiederherstellungsziel hatten sich die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten im Rahmen des Globalen Biodiversitätsrahmens von Kunming-Montréal auf der COP15 im Dezember 2022 verpflichtet. Das Gesetz ist aber auch ein Schlüsselement des Europäischen Grünen Deals und der EU-Biodiversitätsstrategie.

Mit dem Gesetz soll ein Prozess zur kontinuierlichen und nachhaltigen Wiederherstellung der Natur auf dem Land und im Meer innerhalb der EU in Gang gesetzt werden. Die Mitgliedstaaten sollen bis 2030 Maßnahmen



Foto: SimoneVomFeld / Pixabay

auf mindestens jeweils 20 Prozent der Landflächen und der Meeresgebiete durchzuführen. Bis 2050 sollen solche Maßnahmen für alle Ökosysteme umgesetzt sein, die eine Wiederherstellung benötigen. Die Mitgliedstaaten entscheiden selbst, welche Maßnahmen in ihrem Hoheitsgebiet durchgeführt werden sollen. Die nationalen Behörden werden bei der Ausarbeitung ihrer Pläne von der EU-Kommission unterstützt. ■

Die EU-Mitgliedstaaten sollen bis 2030 Maßnahmen auf mindestens 20 Prozent ihrer Landflächen und Meeresgebiete durchgeführt haben

Infos

EU-Pressemitteilung:

🔗 https://germany.representation.ec.europa.eu/news/gesetz-zur-wiederherstellung-der-natur-tritt-kraft-2024-08-16_de

Dr. Achim Brötel ist neuer Präsident des Deutschen Landkreistages:

Mut zur Priorisierung gefordert

Auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Landkreistages (DLT) vom 10. September 2024 ist Dr. Achim Brötel, Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises, zum neuen Präsidenten des DLT gewählt worden. Er übernimmt damit das Amt von seinem Vorgänger Reinhard Sager, der zum Ehrenmitglied des DLT ernannt wurde.

In seiner Antrittsrede sprach Brötel über die großen Herausforderungen, die vor den Landkreisen stünden: „Wir müssen uns aktiv einmischen, wenn bestimmte Dinge falsch laufen, konstruktiv daran mitwirken, dass es stattdessen in die richtige Richtung geht, und kraftvoll für die notwendigen Veränderungen sorgen, wo wir selbst Gestaltungsspielräume haben.“ Brötel betonte, dass es einen „Mut zur Priorisierung“ brauche: „Wir müssen offen sagen, was noch geleistet werden kann, was aber umgekehrt eben auch nicht mehr zu schultern ist.“



Foto: Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis

Der langjährige Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises, Dr. Achim Brötel, ist zum neuen Präsidenten des Deutschen Landkreistages gewählt worden

Der 61-jährige Dr. Achim Brötel ist Kommunalpolitiker und Verwaltungsfachmann. Er war zunächst Richter auf Lebenszeit und ist seit 2005 Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises. Zudem ist er Vizepräsident des Landkreistages Baden-Württemberg und Vorsitzender des Sozialausschusses des Deutschen Landkreistages. Als Landrat kennt er die Gemeindeebene ebenso gut wie die Kreisebene. ■

Infos

DLT-Pressemeldung:

☑ <https://www.landkreistag.de/presseforum/pressemitteilungen/3415-landrat-dr-achim-broetel-zum-neuen-dlt-praesidenten-gewaehlt>

„Utopie Europa Preis“ 2024 für Hochschulen und Hochschulallianzen:

Universität Rostock ausgezeichnet

Der vom Institut Français Deutschland ausgeschrieben Ideenwettbewerb „Utopie Europa“ fand in diesem Jahr zum Thema „Hochschulen in Europa und europäische Hochschulallianzen: Utopien für eine gemeinsame Zukunft“ statt. Am 24. September 2024 wurde der Preis in der französischen Botschaft in Berlin den Gewinnerinnen und Gewinnern übergeben. Hier konnten die teilnehmenden Studierenden ihre Option für Europa zudem präsentieren und verteidigen.

Den 1. Platz des Utopie Europa Preises 2024 belegte das Team der Universität Rostock, das aus Frank Fehringer, der ein Masterstudium in Wirtschaftspädagogik absolviert, und Anna Fröhlich, die Deutsch und Französisch für das Lehramt an Gymnasien studiert, besteht. Ihre innovative Projektidee „Le Grand Tour 2.0“ überzeugte sowohl das Publikum als auch die Jury und sicherte ihnen die Möglichkeit, ihren Vor-



Foto: Universität Rostock

Das Siegerteam der Universität Rostock – hier mit Projektunterstützern – nahm den Preis in der französischen Botschaft in Berlin entgegen

schlag Mitgliedern des Europäischen Parlaments in Straßburg vorzustellen. Die beiden Studierenden wollen ihr Vorhaben weiter optimieren und regionale, nationale und internationale Kooperationspartner finden, um ihr Projekt sichtbar zu machen.

Aber auch die Teams der Universitäten Giessen, Hamburg und Mannheim hatten in der französischen Botschaft in Berlin vielversprechende Vorschläge präsentiert. ■

Infos

Utopie Europa Preis 2024:

☑ <https://utopieeuropa.institutfrancais.de/>

Veranstaltungen

November

4.–8. November 2024

World Urban Forum 2024

Globale Konferenz zum Thema nachhaltige Urbanisierung (WUF12)

Veranstalter: UN-Habitat

Ort: Kairo (Ägypten)

☞ <https://wuf.unhabitat.org/>

11.–22. November 2024

COP29

UN-Klimakonferenz unter dem Motto „In Solidarity for a Green World“

Veranstalter: Vereinte Nationen

Ort: Baku (Aserbaidschan)

☞ <https://cop29.az/en>

13.–15. November 2024

Partnerschaftskonferenz für deutsche und nordafrikanische Kommunen

Konferenz zum Thema „Nachhaltigkeit und Resilienz kommunaler Partnerschaften“

Veranstalter: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Ort: Frankfurt am Main

☞ <https://skew.engagement-global.de/veranstaltung-detail/9358--internationale-partnerschaftskonferenz-fuer-deutsche-und-nordafrikanische-kommunen.html>

16.–24. November 2024

European Days of Local Solidarity

Kampagne zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit von Städten und Regionen

Veranstalter: PLATFORMA und Partner

Orte: in ganz Europa

☞ <https://localsolidaritydays.eu/>

Dezember

2.–4. Dezember 2024

Sustainability Reporting and Voluntary Local Reviews

Dialogveranstaltung für Städte und Kommunalverbände aus aller Welt

Veranstalter: Connective Cities

Ort: Berlin

☞ <https://www.connective-cities.net/termine/sustainability-reporting-and-voluntary-local-reviews>

5. Dezember 2024

EuroPCom 2024

Europäische Konferenz für öffentliche Kommunikation zum Thema „Engage Europe. Communicate strategically in the new institutional cycle“

Organisation: Europäischer Ausschuss der Regionen

Ort: online

☞ <https://cor.europa.eu/de/node/19644>

Club der Agenda 2030 Kommunen:

9. Vernetzungstreffen der Zeichnungskommunen

Am 26. und 27. November 2024 trifft sich im Zeughaus Neuss zum neunten Mal der Club der Agenda 2030 Kommunen. Die Zeichnungskommunen der Musterresolution „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ sind dazu aufgerufen, am bundesweiten Fach- und Erfahrungsaustausch zum Stand der Umsetzung der Agenda 2030 auf kommunaler Ebene teilzunehmen.

Geplant sind unter dem Motto „Nachhaltige kommunale Entwicklungspolitik mit globaler Wirkung“ unter anderem ein Vortrag über Nachhaltigkeitstransformation, moderierte Gespräche zu den Themen „Agenda 2030 und kommunale Entwicklungspolitik – ein Blick nach vorne“ und „Lokal handeln, global wirken – in Landkreisen“ sowie vier Fachforen zur Agenda 2030.

Veranstaltet wird das Vernetzungstreffen im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) in Zusammenarbeit mit der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), dem Deutschen Städtetag (DST) und dem Rhein-Kreis Neuss.

26.–27. November
in Neuss

Infos

9. Vernetzungstreffen:

☞ <https://skew.engagement-global.de/veranstaltung-detail/9172--9-vernetzungstreffen-des-clubs-der-agenda-2030-kommunen.html>

Termine des RGRE

- **28.–30. Oktober 2024:** 3. International Councillors Roundtable der Deutschen Sektion des RGRE und des Deutschen Städtetages gemeinsam mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) in Berlin
- **7.–8. November 2024:** Online-Sitzung des Präsidiums und des Hauptausschusses der Deutschen Sektion des RGRE
- **21.–22. November 2024:** Sitzung des Arbeitskreises der EU-Förderreferenten und -referentinnen (AK EUFOE) der Deutschen Sektion des RGRE in Braunschweig
- **28.–29. November 2024:** Sitzung des Deutsch-Französischen Ausschusses (DFA) der Deutschen Sektion des RGRE in Bochum
- **9.–10. Dezember 2024:** Sitzung des Hauptausschusses (Policy Committee) des Europäischen RGRE (CEMR) in Karlsruhe
- **10.–11. April 2025:** Ordentliche Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des RGRE in Jena

Weitere Informationen zu den Terminen erhalten Sie bei der Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des RGRE in Köln oder unter „Termine“ auf der Webseite

☞ <https://www.rgre.de/veranstaltungen>.

IMPRESSUM

Europa Kommunal
Europäische Zeitschrift für
Rat, Verwaltung und Wirtschaft
ISSN 1866-1904

Herausgeber
Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Deutsche Sektion
Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon 0221 / 3771-311
Telefax 0221 / 3771-128
E-Mail: post@rgre.de
<http://www.rgre.de>

Schriftleitung
Lina Furch

Redaktion & Satz
Dr. Susanne Reiff
Telefon +49 171-783 47 59
E-Mail: susanne.reiff@tothepoint.de

Karl-Heinz Kottenhahn
Telefon +49 177-49 55 902
E-Mail: info@kh-kottenhahn.de

Erscheinungsweise / Bezug
6 Ausgaben pro Jahr als PDF-Version
Bezug ausschließlich über E-Mail-Verteiler

E-Mail-Verteiler
Dörthe Sondermann
E-Mail: doerthe.sondermann@staedtetag.de

Rechtliche Hinweise zu Textbeiträgen und Urheberrecht

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte und behält sich bei der Verwendung von Textbeiträgen eine Absprache und Änderungen vor. Die mit dem Namen des Verfassers/der Verfasserin veröffentlichten Beiträge stellen nicht immer die Auffassung des Herausgebers oder der Redaktion dar, sondern geben dessen/deren persönliche Meinung wieder.

Das Urheberrecht für Texte, Fotografien und Grafiken, das Layout der Broschüre sowie alle sonstigen Inhalte der Broschüre liegt beim RGRE und den namentlich genannten Personen. Alle Rechte bleiben vorbehalten. Soweit die Inhalte nicht vom Herausgeber erstellt wurden, werden die Urheberrechte Dritter beachtet. Insbesondere werden Inhalte Dritter als solche gekennzeichnet. Die Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und jede Art der Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes bedürfen der schriftlichen Zustimmung des jeweiligen Autors bzw. Erstellers. Der Nachdruck oder die elektronische Wiedergabe der Gesamtausgabe oder Teilen davon ist nur mit Genehmigung von Schriftleitung und Redaktion gestattet.

Haftung für Links

„Europa kommunal“ enthält Links zu anderen Internetseiten. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung überprüft, wobei rechtswidrige Inhalte nicht erkennbar waren. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist jedoch ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Insofern übernimmt die Redaktion keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für diese sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen wird die Redaktion allerdings derartige Links umgehend entfernen.

Infos zum E-Mail-Kontakt

Wenn Sie uns eine E-Mail senden wird diese ausschließlich zur Korrespondenz mit Ihnen verwendet, eine Verarbeitung zu anderen Zwecken findet nicht statt. Ihre E-Mailadresse wird keinesfalls an Dritte übermittelt. Rechtsgrundlage für die Datenerhebung ist hierbei Artikel 6, Absatz 1, Nummer a) der EU-DSGVO.